Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie

2025/2069(INI)

12.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1106 - 1406

Entwurf eines Berichts
Tomas Tobé
(PE775.431v01-00)

Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie
(2025/2069(INI))

Änderungsantrag 1106
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;	29. ***nimmt die ergänzende und zunehmend strategische Rolle des Gesetzes über digitale Märkte bei der Stärkung der strukturellen Resilienz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit des digitalen Raums der Union zur Kenntnis, wodurch die Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie indirekt, aber in erheblichem Maße unterstützt werden; betont, dass die Ergebnisse der gezielten Konsultationen der Kommission im Rahmen der ersten Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte zeigen, dass weiterhin Bedenken hinsichtlich Interoperabilität, Selbstbevorzugung, Datenzugang, Cloud-Abhängigkeiten und dem wachsenden Einfluss von Diensten der künstlichen Intelligenz bestehen und dass ein breiter Konsens darüber besteht, dass die tatsächliche Wirksamkeit der Verordnung letztlich von einer zuverlässigen, zeitnahen und transparenten Durchsetzung abhängt; betont, dass mit dem laufenden Überprüfungsprozess die einmalige Gelegenheit besteht, Verpflichtungen klarzustellen, Umsetzungslücken zu schließen und gegebenenfalls den Anwendungsbereich der Verordnung an die sich wandelnden technologischen Gegebenheiten anzupassen, um systemische Abhängigkeiten zu verringern, eine übermäßige Konzentration digitaler Macht zu verhindern und zu einem pluralistischeren, wettbewerbsfähigeren und demokratisch resilienteren digitalen Ökosystem in der Union beizutragen;*** betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen,

dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1107
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;	29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis; ***fordert die Kommission auf, vor dem Hintergrund der Marktkonzentration und der Gatekeeping-Effekte zu prüfen, ob wichtige vernetzte Fernsehbetriebssysteme und Benutzeroberflächen als zentrale Plattformdienste im Sinne des Gesetzes über digitale Märkte eingestuft werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1108
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;	29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis; ***betont, dass bei der wirksamen Anwendung des Gesetzes über digitale Märkte auch die Rolle vernetzter Fernsehbetriebssysteme und Benutzeroberflächen als wichtige Zugangspunkte zu audiovisuellen Inhalten und Nachrichteninhalten berücksichtigt werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 1109
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements	29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements

über Apps verkaufen, ***dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss***; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu ***einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte*** durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;

über Apps verkaufen, ***wie wichtig es ist, Transparenz, fairen Wettbewerb und Gleichbehandlung auf dem digitalen Markt sicherzustellen und missbräuchliche oder diskriminierende Praktiken durch marktbeherrschende Online-Plattformen zu verhindern***; nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu ***den Praktiken*** durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1110
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang ***den Nichteinhaltungsbeschluss*** der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;	29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps verkaufen, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; nimmt in diesem Zusammenhang ***die Kontroversen hinsichtlich des Nichteinhaltungsbeschlusses*** der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die ***kontroverse*** Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 1111
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps ***verkaufen***, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt werden muss; ***nimmt in diesem Zusammenhang den Nichteinhaltungsbeschluss der Kommission vom 23. April 2025 in Bezug auf Apple und Meta zur Kenntnis; nimmt die Untersuchung der Kommission zu einem potenziellen Verstoß gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google in Form der Herabstufung der Inhalte von*** Medienverlagen ***in den Suchergebnissen zur Kenntnis***;	29. betont in Bezug auf Medienunternehmen, die Abonnements über Apps ***anbieten***, dass das Gesetz über digitale Märkte vollständig umgesetzt ***und wirksam durchgesetzt*** werden muss; ***betont, dass die Durchsetzung in Bezug auf App-Ökosysteme, Suchmaschinen und digitale Werbung von entscheidender Bedeutung ist, um*** Medienverlagen ***einen fairen Zugang zu Zielgruppen und Einnahmen zu garantieren, auch im Zusammenhang mit KI-gestützten Diensten***;

Or. en

Änderungsantrag 1112
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. erkennt an, dass die unerlaubte Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials zum Anlernen von KI-Modellen dazu führen kann, dass die Medienbranche weniger Einnahmen hat; fordert einen wirksamen EU-Rahmen, um Transparenz bei der Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials, angemessene Lizenzlösungen und eine faire Vergütung für Rechteinhaber sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1113
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1114
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue	30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue

Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; ***unterstreicht, dass kulturelle Bildung, kulturelle Teilhabe und der Zugang zum kulturellen Erbe eine wichtige Rolle bei der Stärkung der demokratischen Kompetenz, des bürgerschaftlichen Engagements und der Resilienz gegenüber Desinformation spielen;*** betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die ***Sichtbarkeit zuverlässiger und redaktionell unabhängiger Informationsquellen, auch auf Online-Plattformen, damit diese standardmäßig zuverlässigen Nachrichtenquellen Vorrang einräumen, und die*** Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten; ***betont, insbesondere junge Menschen und Erstwähler anzusprechen und ein kritisches Verständnis für KI-generierte Inhalte und Empfehlungssysteme zu fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 1115
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ***die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt*** werden sollten;	30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte***, die frei von ideologischen Zielen sein und von den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten akzeptiert werden sollten***; betont ***jedoch, dass Bildung und Medienkompetenz gemäß Artikel 165 AEUV in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und dass alle Maßnahmen der Union in diesem Bereich ausschließlich unterstützender, freiwilliger und nicht harmonisierender Natur sein müssen, wobei die nationalen Bildungssysteme, die kulturelle Vielfalt und die verfassungsrechtlichen Traditionen uneingeschränkt zu achten sind; betont ferner***, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ***keine indirekte Harmonisierung oder verbindliche Verpflichtungen im Bereich der Bildung oder der Lehrpläne eingeführt*** werden sollten;
	Or. en

Änderungsantrag 1116
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. begrüßt, dass die gemeinsame	30. begrüßt, dass die gemeinsame

Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten; ***betont, dass Initiativen zur Förderung der Medien- und Digitalkompetenz zwar eine notwendige langfristige Investition in die Resilienz der Demokratie darstellen, jedoch wirksame Regulierungsmaßnahmen und strukturelle Maßnahmen zur Bekämpfung der systemischen Ursachen von Informationsmanipulation ergänzen und nicht ersetzen dürfen;***

Or. en

Änderungsantrag 1117
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von	30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von

Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes ***für Medienkompetenz***, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte***, in denen Kompetenzen im Bereich KI und Algorithmen, einschließlich Deepfakes, Empfehlungssystemen und Mikrotargeting, thematisiert werden und das lebenslange Lernen für Erwachsene und ältere Menschen unterstützt wird***; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1118
Konstantinos Arvanitis, Jonas Sjöstedt, Li Andersson

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über	30. ***erkennt an, dass digitale Kompetenzen, Kenntnisse über neue Medien und KI als wesentliche Säulen jeder wirksamen langfristigen Strategie zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung betrachtet werden sollten;*** begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für

Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1119
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ***begrüßt***, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;	30. ***nimmt zur Kenntnis***, dass die gemeinsame Mitteilung neue Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz umfasst, wie das Programm für Medienresilienz, die Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen und die Stärkung der Expertengruppe für Medienkompetenz, einschließlich der Einrichtung eines neuen Expertennetzes für Medienkompetenz, sowie aktualisierte Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte; betont, dass bei der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste die Bestimmungen über Mindestanforderungen für die Arbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Medienkompetenz gestärkt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1120
Ioan-Rareş Bogdan

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das Bestreben der EU, Wege zu finden, Kinder/Schüler frühzeitig aufzuklären, damit sie sich vor Desinformation und Angriffen auf die Demokratie schützen können, EU-feindliche Kräfte dazu veranlassen wird, ihre Manipulationstaktiken sowohl durch klassische Methoden als auch im digitalen Bereich anzupassen, zu intensivieren und zu verfeinern; äußert seine Besorgnis darüber, dass diese feindlichen Kräfte gezielt den Bildungsbereich – einen Pfeiler des europäischen Bewusstseins – angreifen, um ihn unter gut getarnten Vorwänden und unter Einsatz gut ausgebildeter Akteure von seiner Aufgabe abzulenken und Spaltungen zu verursachen, die das europäische System untergraben könnten; schlägt vor, dass die Kommission unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments – der Einrichtung, die von den Bürgerinnen und Bürgern direkt mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt ist – die Erstellung eines einheitlichen Leitfadens für bewährte Verfahren im Bildungsbereich für die Erkennung von Falschmeldungen und subtilen Manipulationstaktiken unterstützt, der mithilfe unabhängiger Experten ausgearbeitet und den Mitgliedstaaten empfohlen wird; schlägt vor, dass die Kommission die Erstellung von einheitlichen altersgruppenspezifischen Leitfäden unter der Koordinierung dieser Experten unterstützt, die den Mitgliedstaaten empfohlen und von Schülern verfasst werden, da sie am besten wissen, wie ihre Altersgenossen denken;

Or. ro

Änderungsantrag 1121
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. weist darauf hin, dass zusätzliche Anstrengungen unternommen werden sollten, um kritisches Denken in der Bildung zu fördern und so dazu beizutragen, Desinformation entgegenzuwirken oder sogar im Vorfeld zu verhindern; fordert die durchgängige Berücksichtigung von Medienkompetenz und digitaler Bildung auf nationaler Ebene; ist der Ansicht, dass Lehr- und Schulungsmaterialien im Bereich Medienkompetenz an die Konsumgewohnheiten der Zielgruppe der Nutzer sozialer Medien angepasst werden sollten, beispielsweise durch die Einführung eines modularen Instrumentariums zur Medienkompetenz, das auf formale und nichtformale Bildungsumgebungen zugeschnitten ist; ist der Ansicht, dass Workshops und digitale Simulationsspiele für Bürgerinnen und Bürger den Unterricht in Medienkompetenz ergänzen würden, da sie ein immersives und spielerisches Erlebnis bieten; unterstützt die Entwicklung digitaler Tools und Plattformen auf europäischer Ebene (generative KI, Suchmaschine, soziales Netzwerk), die der Bevölkerung eine zuverlässige Alternative zu ausländischen Plattformen bieten;

Or. en

Änderungsantrag 1122
Michał Wawrykiewicz, Bartłomiej Sienkiewicz

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. schlägt die Einrichtung der Europäischen Akademie für Medienkompetenz (EMLA) als ständige EU-Agentur vor, die sich der Schulung von Lehrkräften, Journalisten und Beamten im Erkennen und Entlarven ausländischer Informationsmanipulation widmet; empfiehlt nachdrücklich, den Sitz der Akademie in Warschau, Polen, anzusiedeln, um die umfangreiche praktische Erfahrung und die strategische Position des Landes bei der Bekämpfung russischer Desinformationskampagnen zu nutzen; betont, dass die Akademie als zentrale Anlaufstelle der Union für die Entwicklung standardisierter Lehrpläne zur Medienkompetenz und die Koordinierung europaweiter Aufklärungsinitiativen zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz dienen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1123
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. betont, dass Maßnahmen zur Förderung der Medien- und Digitalkompetenz als Prozess des lebenslangen Lernens konzipiert werden sollten, der alle Altersgruppen und sozialen Schichten umfasst, darunter Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen; betont, dass die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zum kritischen Denken und zur Analyse

gestärkt werden müssen, um wirksam gegen Desinformation vorgehen zu können, darunter die Fähigkeit, Quellen zu bewerten, Manipulationstechniken zu erkennen, algorithmische Verstärkung zu verstehen und Meinungen von verifizierten Informationen zu unterscheiden;

Or. en

Änderungsantrag 1124
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen des Programms für Medienresilienz und der Initiative zur Förderung von Grundkompetenzen für Schulen der Förderung einer altersgerechten Medien- und Digitalkompetenz für Kinder im schulpflichtigen Alter Vorrang einzuräumen, einschließlich der Ausbildung von Lehrkräften und moderner Lehrpläne, in denen algorithmische Verstärkung, Deepfakes, synthetische Medien und manipulatives Online-Verhalten thematisiert werden, begleitet von Bewertungsrahmen zur Ermittlung und Skalierung wirksamer Programme;

Or. en

Änderungsantrag 1125
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. weist darauf hin, dass die Bildungspolitik, einschließlich der Medienkompetenz von Kindern und Erwachsenen, nach wie vor in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt; betont, dass bei Maßnahmen der Union das Subsidiaritätsprinzip zu beachten ist und normative Ansätze in Bezug auf politische oder informative Beurteilungen vermieden werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1126
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 30 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30b. ist fest davon überzeugt, dass der einzige nachhaltige Weg zur Erhaltung unabhängiger und qualitativ hochwertiger Medien darin besteht, die strukturellen Schwächen des Mediensektors anzugehen und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Medienökosystems wiederherzustellen; stellt fest, dass es dazu notwendig ist, die Märkte für Online-Werbung und die Verbreitung von Inhalten erneut ins Gleichgewicht zu bringen, um so zur gesellschaftlichen Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, Desinformation und Wahlmanipulationen beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 1127

Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 30 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30b. fördert den systematischen Austausch bewährter Verfahren zwischen nationalen Behörden und Regulierungsbehörden, die im Bereich der Medienkompetenz tätig sind, unter anderem durch die verstärkte Sachverständigengruppe „Medienkompetenz“ und die europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien; unterstreicht den Wert von durch Regulierungsbehörden geförderten Modellen, mit denen Allianzen verschiedener Interessengruppen finanziert und ins Leben gerufen werden, um praktische Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1128
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 30 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30c. empfiehlt einen Folgenabschätzungstest aller einschlägigen EU-Initiativen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Demokratie, insbesondere im Medienbereich, sowie generell eine Straffung der Analyse hybrider Bedrohungen und ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme in der EU; empfiehlt,

äußerste Vorsicht walten zu lassen, um Zustände wie die illegalen Subventionen der Regierung Orban für regierungsfreundliche Medien in Ungarn zu vermeiden, damit die öffentliche Debatte nicht verzerrt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1129
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 30 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30d. stellt fest, dass einer Umfrage von Cluster17 zur europäischen öffentlichen Meinung zufolge Grok in der EU verboten werden sollte, wobei durchschnittlich 56 % der europäischen Bevölkerung diesen Vorschlag unterstützen[51f]; verurteilt nachdrücklich die Propaganda, die von Elon Musks sogenannter „Online-Enzyklopädie“, d. h. Grokipedia, ausgeht; ist besorgt angesichts der Tatsache, dass durch die Inhalte Hass normalisiert wird, indem die Glaubwürdigkeit von Kritikern prominenter weißer Nationalisten, Antisemiten und Holocaustleugner in Frage gestellt wird; fordert die Regulierungs- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten auf, die Rechtmäßigkeit von Grokipedia in der Europäischen Union zu untersuchen und Maßnahmen zu ergreifen, sollte eine Verletzung von EU-Vorschriften im digitalen Bereich oder von Gesetzen gegen Hass vorliegen;

[51f] https://cluster17.com/barometre-de-lopinion-publique-europeenne-pour-le-grand-continent-vague-5-trump-et-le-

nouveau-clivage-geopolitique/.

Or. en

Änderungsantrag 1130
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 30 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30e. fordert die Einstufung von Google TV OS als zentralen Plattformdienst im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte; weist darauf hin, dass Anbieter von Inhalten verpflichtet sind, überwiegend Inhalte von zertifizierten Medien, die europäische Inhalte produzieren, oder zertifizierte und kontrollierte Informationen und insbesondere europäische „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ zu zeigen; betont nachdrücklich, dass diese Akteure über die technischen Mittel verfügen, um diese Maßnahmen umzusetzen, die dazu beitragen würden, gegen das Verschwinden zuverlässiger Medien vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 1131
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende

Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, ***wie sich Bedrohungen, Gewalt***, Sabotage und andere ***Maßnahmen***, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern***, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken***;

Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen ***die sich wandelnde Bedrohungslage für Journalisten und Medienschaffende*** berücksichtigt werden muss, ***zu der nicht nur physische Gewalt und Online-Belästigung, sondern auch Einschüchterung, strategische Rechtsstreitigkeiten, wirtschaftlicher Druck, Überwachung***, Sabotage und andere ***Formen der Einmischung gehören***, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern; ***betont, dass den abschreckenden Auswirkungen, die durch ein anhaltendes Klima der Angst, politischen Druck oder unzulässige Einmischung durch öffentliche oder private Akteure entstehen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, da diese investigativen Journalismus behindern, die redaktionelle Unabhängigkeit schwächen und zu Selbstzensur führen können; betont, dass für ein sicheres und förderliches Umfeld für den Journalismus nicht nur rechtliche Garantien erforderlich sind, sondern auch eine wirksame Durchsetzung, Schutzmechanismen und Unterstützungsstrukturen, um sicherzustellen, dass Journalisten – insbesondere investigative Reporter – ihre Arbeit frei ausüben können, ohne Vergeltungsmaßnahmen, Schikanen oder den Verlust ihrer Existenzgrundlage befürchten zu müssen, und damit der Medienpluralismus und das Recht der Öffentlichkeit auf Information in der Union gewahrt bleiben; betont, dass eine Verbesserung der Sicherheit, Unabhängigkeit und der Arbeitsbedingungen von Journalisten auch grundlegend dazu beiträgt, Desinformation, Informationsmanipulation und andere Formen der Einmischung zu bekämpfen, mit denen die demokratische Debatte und das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben werden sollen; fordert, dass***

diese Schutzrahmen verstärkt und ausgeweitet werden, um sowohl verbesserte physische Sicherheitsmaßnahmen – einschließlich Schutz vor Einschüchterung, Belästigung und nicht tödlichen Formen von Gewalt – als auch stärkere rechtliche Garantien, insbesondere die Förderung der Entkriminalisierung von Verleumdung, den Zugang zu Rechtsbeistand und wirksame Rechtsbehelfe gegen missbräuchliche Rechtsstreitigkeiten, abzudecken; fordert darüber hinaus eine entschlossene und koordinierte Haltung der Union gegen legislative oder regulatorische Maßnahmen, einschließlich sogenannter „Auslandsagenten"-Gesetze, die die Gefahr bergen, Journalisten, Akteure der Zivilgesellschaft oder unabhängige Medien zu stigmatisieren und die Meinungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Medien und die demokratische Teilhabe zu untergraben; weist in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass demokratische Gesellschaften auch das legitime Recht der Bürgerinnen und Bürger, Behörden und Interessengruppen wahren müssen, ihre Ablehnung oder Kritik gegenüber der Berichterstattung oder redaktionellen Entscheidungen der Medien zum Ausdruck zu bringen, und dass zu diesem Zweck zugängliche und unabhängige Beschwerde- oder Berufungsmechanismen – wie Presse- oder journalistische Ethikräte und andere Selbstregulierungsgremien – zur Verfügung stehen sollten, sofern diese Meinungsäußerung friedlich, transparent und ohne Einschüchterung, Zwang, wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen oder Versuche der Beeinflussung der redaktionellen Unabhängigkeit erfolgt und nicht zu Belästigungen, Drohungen oder unangemessenem Druck führt, die die journalistische Freiheit oder den Pluralismus untergraben könnten;

[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1132
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken;	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt ***einschließlich Entführungen und Morden***, ***Einschüchterung,*** Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und

	anderen Medienschaffenden in der EU auswirken; ***weist erneut auf die weit verbreitete öffentliche Empörung hin, die durch die Morde an investigativen Journalisten wie Ján Kuciak und Daphne Caruana Galizia ausgelöst wurde, und betont, dass die Umstände und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit diesen unerträglichen Verbrechen noch nicht vollständig geklärt sind; ist in diesem Zusammenhang zutiefst besorgt über kürzlich bekannt gewordene Informationen über Mord- und Folterdrohungen gegen einen oppositionellen investigativen Journalisten durch einen Beamten des Staatsschutzdienstes in Polen;***
[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj) .	[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj) .
[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).	[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).
	Or. en

Änderungsantrag 1133
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag

Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken;	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken; ***fordert, die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen auszuweiten, um auch Vertreter und Organisationen der Zivilgesellschaft, Thinktanks, Verlage, Medienorganisationen, Hinweisgeber, Menschenrechtsverteidiger und politische Entscheidungsträger zu schützen;***
[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).	[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).
[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).	[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Änderungsantrag 1134
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken;	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken; ***fordert die Einführung erschwerender Umstände im Strafrecht für Straftaten, die an Journalisten begangen werden, wenn diese Handlungen durch deren berufliche Tätigkeit motiviert sind oder damit in Zusammenhang stehen;***
[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).	[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).
[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und	[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und

Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1135
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken;	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit ***und die legitime Ausübung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit*** zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden ***sowie von Menschenrechtsverteidigern und anderen Personen*** in der EU auswirken***, die sich öffentlich engagieren***;
[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8,	[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8,

ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1136
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken;	31. begrüßt die angekündigte Aktualisierung der Empfehlung der Kommission zur Sicherheit von Journalisten[52] und die bevorstehende Überprüfung der Empfehlung zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[53]; betont, dass bei diesen Aktualisierungen und Überprüfungen berücksichtigt werden muss, wie sich Bedrohungen, Gewalt, Sabotage und andere Maßnahmen, die darauf abzielen, die journalistische Arbeit zu behindern, auf den Schutz, die Sicherheit und die Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der EU auswirken; ***fordert die Schaffung eines speziellen rechtlichen und technischen Unterstützungsmechanismus zum Schutz von Journalisten vor KI-gestützter Identitätsfälschung und koordinierten Deepfake-Kampagnen;***

[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

[52] Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (ABl. L 331 vom 20.9.2021, S. 8, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2021/1534/oj).

[53] Empfehlung (EU) 2022/758 der Kommission vom 27. April 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L 138 vom 17.5.2022, S. 30, ELI: http://data.europa.eu/eli/reco/2022/758/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1137
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf,	32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf,

einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;

einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten; ***fordert die vollständige und wirksame Umsetzung nicht nur der Richtlinie, sondern auch der Empfehlung der Kommission von 2022 zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren, auch in rein innerstaatlichen Fällen, einschließlich durch die erforderlichen Anpassungen des Straf- und Verwaltungsrechts, wo dies angezeigt ist; unterstreicht, wie wichtig Maßnahmen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Bewusstseinsbildung, Unterstützungsmechanismen und systematische Überwachung sind;***

---

[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1138
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang	32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen ***und dem unrechtmäßigen Einsatz von***

die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;	***Spionagetechnologie zur Überwachung von Journalisten und Medienakteuren*** geschützt werden müssen; ***weist darauf hin, dass jede Form der illegalen Überwachung oder Spionage von Journalisten und Medienvertretern nach dem europäischen Rechtsakt über Medienfreiheit strikt untersagt ist; betont, dass die Überwachung von Journalisten auch gemäß Artikel 7, 8 und 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union eine Einschränkung darstellt;*** begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;
[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).	[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1139
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;	32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten***, einschließlich einer Bewertung des Umfangs der Klagen, die von der polnischen Regierung und von mit den Behörden verbundenen Anwälten gegen unabhängige Medien und Journalisten eingereicht wurden***;
[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).	[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).
	Or. en

Änderungsantrag 1140
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;	32. betont, dass Journalisten ***und die Zivilgesellschaft*** vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten ***und vorrangig für die vollständige und fristgerechte Umsetzung der Richtlinie zu sorgen***; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;

[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1141
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie zur	32. betont, dass Journalisten vor missbräuchlichen Klagen ***und Identitätsdiebstahl*** geschützt werden müssen; begrüßt in diesem Zusammenhang

Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;	die Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen[54] und die angekündigte Erneuerung des Mandats und der Zusammensetzung der Expertengruppe gegen SLAPP-Klagen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den laufenden Umsetzungsprozess ambitioniert voranzutreiben, und fordert die Kommission auf, weiterhin Unterstützung zu leisten; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Evaluierungsbericht über die Erfolge der Umsetzung auszuarbeiten;
[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).	[54] Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (ABl. L, 2024/1069, 16.4.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1069/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1142
Sandro Ruotolo, Krzysztof Brejza, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Saskia Bricmont, Diana Riba i Giner, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Hannah Neumann, Leoluca Orlando, Chloé Ridel, Brando Benifei, Lucia Yar, Raffaele Topo, Marco Tarquinio, Daniel Freund, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. betont, dass Journalisten und Medienakteure vor Spyware, intrusiven Überwachungstechnologien und anderen Formen digitaler Bedrohungen geschützt werden müssen; weist darauf hin, dass jede Form der illegalen Überwachung oder Spionage von Journalisten und Medienvertretern nach dem europäischen

Rechtsakt über Medienfreiheit strikt untersagt ist; betont, dass die Überwachung von Journalisten auch gemäß Artikel 7, 8 und 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union eine Einschränkung darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 1143
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. betont, dass die anonyme Beteiligung der Öffentlichkeit geschützt werden muss, indem das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten, die eine unverzichtbare Voraussetzung für die Ausübung anderer grundlegender Menschenrechte darstellen, vollständig und ordnungsgemäß umgesetzt werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, angemessene und wirksame Schutzmaßnahmen zum Schutz der Identität von Personen, die sich anonym an öffentlichen Debatten beteiligen, und von vertraulichen Quellen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 1144
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. fordert, dass in Abstimmung mit

den Mitgliedstaaten ein europäischer Schutzstatus für Journalisten geschaffen wird, die investigativ über ausländische Einmischung, hybride Bedrohungen und Informationsmanipulation berichten, einschließlich von der Union finanzierter Rechtshilfe, des Zugangs zu Notfallfonds und grenzüberschreitendem Quellenschutz;

Or. en

Änderungsantrag 1145
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. begrüßt die vorläufige Einigung über die Verordnung über ausländische Direktinvestitionen[55], insbesondere die Bestimmungen, nach denen die Medienbranche als ein Faktor einbezogen wird, der bei der Feststellung, ob es wahrscheinlich ist, dass sich eine Investition negativ auf die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung auswirkt, zu berücksichtigen ist; bedauert jedoch, dass die Medienbranche nicht im verbindlichen Anwendungsbereich im Anhang der Verordnung aufgeführt ist;	33. begrüßt die vorläufige Einigung über die Verordnung über ausländische Direktinvestitionen[55], insbesondere die Bestimmungen, nach denen die Medienbranche als ein Faktor einbezogen wird, der bei der Feststellung, ob es wahrscheinlich ist, dass sich eine Investition negativ auf die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung auswirkt, zu berücksichtigen ist; bedauert jedoch, dass die Medienbranche nicht im verbindlichen Anwendungsbereich im Anhang der Verordnung aufgeführt ist; ***stellt ferner fest, dass eine übermäßige Konzentration auf dem Medienmarkt, einschließlich der Dominanz von Medienunternehmen, die sich im Besitz von Unternehmen aus anderen europäischen Staaten befinden, ebenso die Integrität des Informationsraums und das ordnungsgemäße Funktionieren der demokratischen Prozesse in den Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann;***
[55] Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates	[55] Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).

vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1146
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. ***begrüßt die vorläufige Einigung über die Verordnung über ausländische Direktinvestitionen[55]***, insbesondere die Bestimmungen, nach denen die Medienbranche als ein Faktor einbezogen wird, der bei der Feststellung, ob es wahrscheinlich ist, dass sich eine Investition negativ auf die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung auswirkt, zu berücksichtigen ist; bedauert jedoch, dass die Medienbranche nicht im verbindlichen Anwendungsbereich im Anhang der Verordnung aufgeführt ist;	33. ***betont, dass die Medienlandschaft vor Unternehmenskonzentrationen geschützt werden muss, wie dies im Medienfreiheitsgesetz vorgesehen ist, das die Mitgliedstaaten umsetzen und durchsetzen müssen, und unterstreicht, dass mehr Transparenz bei Investitionen in europäische Nachrichtenmedien erforderlich ist, um die öffentliche Debatte vor ausländischer Einflussnahme zu schützen***, insbesondere die Bestimmungen, nach denen die Medienbranche als ein Faktor einbezogen wird, der bei der Feststellung, ob es wahrscheinlich ist, dass sich eine Investition negativ auf die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung auswirkt, zu berücksichtigen ist; bedauert jedoch, dass die Medienbranche nicht im verbindlichen Anwendungsbereich im Anhang der Verordnung aufgeführt ist;

[55] Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union (ABl. L 79I vom 21.3.2019, S. 1,

ELI:
http://data.europa.eu/eli/reg/2019/452/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1147
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	33a. fordert die Kommission auf, Überwachungs- und Transparenzmechanismen für die Übernahme von Unternehmen in sensiblen Sektoren – darunter Medien, kritische Infrastrukturen und neue Technologien – durch Drittländer zu entwickeln, um undurchsichtige Formen politischer Einflussnahme oder wirtschaftlicher Abhängigkeit zu verhindern, die zur Einmischung in die demokratischen Prozesse der Union ausgenutzt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 1148
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der ***US-Regierung*** zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb	34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der ***USA*** zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb

der EU als auch in ***den*** Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um ***RFE/RL*** mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;	der EU als auch in Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; ***stellt fest, dass die Ergebnisse der Rechnungsprüfung darauf hindeuten, dass diese Mittel nicht immer in ausreichend zuverlässiger und transparenter Weise verwendet wurden und dass sie in einigen Fällen missbräuchlich zur Unterstützung ideologisch voreingenommener Agenden eingesetzt wurden;*** begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL ***und fordert Unterstützung für andere glaubwürdige, seit langem bestehende Medien, die die Souveränität und die demokratischen Prozesse in den östlichen Nachbarländern stärken, wie beispielsweise Charter97 und Radio Racyja***; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um ***sie*** mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;
	Or. en

Änderungsantrag 1149
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die ***Folgen des veränderten Zugangs der US-Regierung zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit*** Medienpluralismus und ***unabhängigem*** Journalismus sorgfältig zu analysieren und ***erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen***; ***begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;***	34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die ***Auswirkungen der Veränderungen in der aktuellen geopolitischen Lage auf den*** Medienpluralismus und ***den unabhängigen*** Journalismus sorgfältig zu analysieren und ***diese Analyse regelmäßig zu aktualisieren***;

Or. en

Änderungsantrag 1150
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die ***Folgen des veränderten Zugangs der*** US-Regierung ***zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen***; ***begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten***;	34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die ***Auswirkungen der Darstellung des Gesetzes über digitale Dienste durch die*** US-Regierung ***als Höhepunkt jahrzehntelanger europäischer Bemühungen, politische Opposition zum Schweigen zu bringen und kritische Online-Stimmen gegenüber dem politischen Establishment zu unterdrücken, sorgfältig zu prüfen***;

Or. en

Änderungsantrag 1151
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der US-Regierung zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren ***und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den***	34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der US-Regierung zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen,

Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;

langfristigen Finanzierung auszustatten;

Or. en

Änderungsantrag 1152
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der US-Regierung zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;	34. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der US-Regierung zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen***, unter anderem durch den Einsatz des Instruments „Europa in der Welt“***; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;

Or. en

Änderungsantrag 1153
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. fordert die Kommission und die	34. fordert die Kommission und die

Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der ***US-Regierung*** zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;	Mitgliedstaaten auf, die Folgen des veränderten Zugangs der ***ausländischen Regierung*** zur Beihilfepolitik im Zusammenhang mit Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus sorgfältig zu analysieren und erforderlichenfalls tätig zu werden, um die auf den Medienmärkten sowohl innerhalb der EU als auch in den Grenzregionen entstandene Lücke zu schließen; begrüßt die Soforthilfe der EU für RFE/RL; fordert die Ausarbeitung einer Lösung, um RFE/RL mit einer stabilen, langfristigen Finanzierung auszustatten;

Or. en

Änderungsantrag 1154
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. begrüßt die vorgeschlagene Überarbeitung der Urheberrechtsrichtlinie der EU; fordert klarere und strengere Vorschriften, um der Entwicklung generativer KI Rechnung zu tragen, einschließlich der Zusammenarbeit mit unabhängigen Medien, um sicherzustellen, dass KI-Ergebnisse Nachrichteninhalte widerspiegeln; besteht darauf, dass Presse- und Medienverlage die volle Kontrolle darüber behalten müssen, ob und wie KI ihre Inhalte verwendet, einschließlich einer klaren Zustimmung und einer fairen Vergütung; betont, dass alle von KI verwendeten Daten vollständig offengelegt werden müssen, damit Urheber ihre Rechte durchsetzen können; ist der Ansicht, dass bei allen KI-Unternehmen, die sich nicht an die Transparenzvorschriften halten, davon ausgegangen werden sollte, dass sie

urheberrechtlich geschützte Inhalte verwendet haben; ist der Ansicht, dass vollständig KI-generierte Inhalte nicht urheberrechtlich geschützt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1155
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. stellt die Begründung für die Zuweisung von EU-Mitteln an Medienprojekte mit Verbindungen zu Drittländern oder ausländischen Mächten, die strategischen oder politischen Einfluss ausüben, in Frage; betont, dass mit Mitteln der Union niemals Akteure unterstützt werden dürfen, die versuchen, sich in die politische Debatte oder die demokratischen Prozesse der Mitgliedstaaten einzumischen;

Or. en

Änderungsantrag 1156
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, freie und redaktionell unabhängige Medien in Regionen zu fördern, die unverhältnismäßig stark von Desinformation und Propaganda

betroffen sind, darunter Russland, der Westbalkan, Osteuropa und der Globale Süden;

Or. en

Änderungsantrag 1157
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. begrüßt das erweiterte Mandat der EDMO; bedauert jedoch, dass dieses erweiterte Mandat nicht mit einer Aufstockung der Mittel einhergeht und die Finanzierung der Plattform EDMO Central weiterhin auf etwa 1,2 Mio. EUR pro Jahr veranschlagt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1158
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. fordert die Kommission auf, Bewerberländer und mögliche Bewerberländer ausdrücklich bei der Entwicklung und Umsetzung von Rechtsrahmen zu unterstützen, die mit den digitalen Vorschriften der EU, einschließlich des Gesetzes über digitale Dienste und des europäischen Rechtsakts über Medienfreiheit, in Einklang stehen, indem sie klare Leitlinien für die Angleichung an die EU bereitstellt, den

Peer-to-Peer-Austausch erleichtert und gegebenenfalls eine schrittweise Integration in die einschlägigen Durchsetzungs- und Kooperationsmechanismen der EU ermöglicht;

Or. en

Änderungsantrag 1159
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. fordert die Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten auf, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste in Bezug auf Plattformen, deren Algorithmen und Empfehlungssysteme durchzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1160
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34c. betont, dass die Verfahren während Wahlperioden verstärkt werden müssen; fordert die Kommission auf, Leitlinien zu systemischen Risiken und unlauteren Verhaltensweisen während Wahlperioden zu erstellen oder zu aktualisieren, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, Anbietern sehr großer Online-Suchmaschinen auf

nationaler Ebene weitere Verpflichtungen aufzuerlegen;

Or. en

Änderungsantrag 1161
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 34 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34d. besteht darauf, dass der Zugang zum europäischen Informationsraum von der Einhaltung der EU-Vorschriften über die faire, freie und pluralistische Behandlung von Informationen abhängig gemacht werden muss; besteht darauf, dass das Ungleichgewicht zwischen Medien, die der redaktionellen Kontrolle ausländischer Regierungen unterliegen und ihre Inhalte frei verbreiten dürfen, und Medien, die auf dem Gebiet der EU ansässig sind und legitimen Ex-ante-Anforderungen wie der fairen und unabhängigen Berichterstattung unter gebührender Berücksichtigung des Pluralismus von Ideen und Meinungen unterliegen, korrigiert werden muss; fordert eine Anpassung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, um den Unterschied zwischen in der EU und in Drittländern ansässigen Medien zu beseitigen und für alle audiovisuellen Mediendienste, deren Inhalte für das europäische Publikum zugänglich sind, dieselben Verpflichtungen vorzusehen;

Or. en

Änderungsantrag 1162
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1163
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit ***finanzielle Unterstützung und*** stabile

Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;

Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein***, um mögliche Verzerrungen zu begrenzen***; ***stellt fest, dass eine Überprüfung der Fakten nur mit zuverlässigem Zugang zu Daten möglich ist, und betont daher, dass der Zugang zu den Datenbeständen der Plattformen sichergestellt werden muss, um Einmischungskampagnen besser verfolgen zu können; besteht darauf, dass es notwendig ist, Synergien zwischen europäischen Privatunternehmen, die auf die Erkennung und Analyse von Desinformationskampagnen und Einmischungen spezialisiert sind und modernste Instrumente einsetzen, den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen zu schaffen; stellt fest, dass Desinformation durch ihre Aufdeckung manchmal an Wirkung gewinnt und dass daher jede Reaktion in einem angemessenen Verhältnis zu den zu erwartenden Auswirkungen einer bestimmten Kampagne stehen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 1164
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von

Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein; ***bekräftigt, dass Online-Plattformen die Verantwortung tragen, eine unabhängige Faktenprüfung durch die Bereitstellung der erforderlichen technischen Instrumente und Finanzmittel zu unterstützen; betont, dass es für ein erfolgreiches Vorgehen auch einer Zusammenarbeit zwischen Faktenprüfern, Forschern im Bereich offene Informationsgewinnung, Journalisten, Kommunikationsexperten und politischen Entscheidungsträgern bedarf; fordert die Kommission auf, Faktenprüfern und Netzwerken von Faktenprüfern in Bewerberländern und möglichen Bewerberländern eine strukturierte finanzielle, technische und auf den Kapazitätsaufbau ausgerichtete Unterstützung zu gewähren, die auf dem Modell der Unterstützung für das Europäische Netz von Faktenprüfern basiert;***

Or. en

Änderungsantrag 1165
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit ***von Anbietern von Online-Plattformen, sowohl direkt als auch indirekt,*** und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein; ***begrüßt die in der Mitteilung zum „Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten Pläne zum Schutz der Arbeit von Faktenprüfern; weist darauf hin, dass sich der Kontext von Desinformationskampagnen ständig verändert und sich von traditionellen Desinformationsinhalten hin zur Verstärkung von Narrativen durch die Nutzung der Empfehlungssysteme von Online-Plattformen verlagert; fordert die Kommission auf, Faktenprüfern und Netzwerken von Faktenprüfern in Bewerberländern und möglichen Bewerberländern strukturierte finanzielle, technische und kapazitätsbildende Unterstützung zu gewähren;***
	Or. en

Änderungsantrag 1166
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen ***entscheidend*** mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; ***missbilligt die Entscheidung einiger Plattformen, unabhängige Faktenprüfer durch Beiträge der Nutzergemeinschaft zu ersetzen;*** hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein; ***betont daher, dass sichergestellt werden muss, dass Faktenprüfer und andere unabhängige Akteure, die sich mit der Überwachung und Analyse ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformationskampagnen im Internet befassen, über angemessene und dauerhafte Ressourcen verfügen, um ihre Arbeit unabhängig von Regierungen ausüben zu können;***

Or. en

Änderungsantrag 1167
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ***missbilligt in diesem Zusammenhang jüngste Entscheidungen bestimmter großer Technologieunternehmen, Partnerschaften und Unterstützungsstrukturen für Initiativen zur unabhängigen Faktenprüfung zurückzufahren oder einzustellen, was das Risiko birgt, die Integrität des Informationsökosystems zu schwächen und die gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation zu untergraben;*** ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 1168
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige***, glaubwürdige und unvoreingenommene*** Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein; ***stellt fest, dass einige Plattformen von traditionellen Faktenprüfungssystemen durch Dritte zu gemeinschaftsbasierten Mechanismen zur Überprüfung von Inhalten, beispielsweise Hinweisen von der Nutzergemeinschaft, übergegangen sind; stellt fest, dass sich trotz früherer Kritik die alarmierenden Prognosen hinsichtlich solcher Modelle bislang nicht bewahrheitet haben;***

Or. en

Änderungsantrag 1169
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und

wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen***, die durch rein private Finanzierung gesichert sind***; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein***, und institutionell, finanziell und redaktionell unabhängig von der Kommission und anderen Behörden bleiben müssen***; ***mahnt, Netze von Faktenprüfern zu quasi-regulatorischen Akteuren oder Vollzugshelfern innerhalb der Governance-Strukturen der EU zu machen;***

Or. en

Änderungsantrag 1170
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass ***gesellschaftsbasierte*** Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige	35. betont, dass ***unabhängige*** Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen ***und -minderung*** im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass

Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, ***um das zu erreichen***; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit ***nachhaltige und wirtschaftliche tragfähige*** stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, ***um unabhängige europäische Faktenprüforganisationen zu unterstützen***; ***fordert dazu auf, mit dem bestehenden unabhängigen Europäischen Netz für Faktenprüfstandards (EFCSN) zusammenzuarbeiten;*** betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 1171
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und

methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein; ***ist besorgt, dass es im Rahmen der Projekte SOMA und EDMO nicht gelungen ist, eine hohe Sichtbarkeit und ein starkes Engagement von Experten für Medienkompetenz und Faktenprüfern zu erreichen;***

Or. en

Änderungsantrag 1172
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass ***gesellschaftsbasierte*** Faktenprüfnetze ***bei der Aufdeckung und Bekämpfung von*** Desinformationskampagnen ***mitwirken*** und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; ***hält fest***, dass ***unabhängige*** Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen***; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge*** Standards hinsichtlich ***politischer Neutralität,*** Unabhängigkeit und methodischer ***Objektivität*** einhalten müssen***, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein***;	35. betont, dass ***unabhängige*** Faktenprüfnetze ***dazu beitragen können, koordinierte*** Desinformationskampagnen ***aufzudecken,*** und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; ***betont***, dass Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen ***und hohe*** Standards hinsichtlich Unabhängigkeit***,*** ***Transparenz*** und methodischer ***Genauigkeit*** einhalten müssen; ***betont, dass bei der Faktenprüfung koordinierte Manipulationen Vorrang vor einzelnen Inhalten haben sollten; betont, dass eine wirksame Faktenprüfung auch eine Zusammenarbeit zwischen Faktenprüfern, Forschern im Bereich offene Informationsgewinnung, Journalisten, Kommunikatoren und politischen Entscheidungsträgern erfordert;***

Or. en

Änderungsantrag 1173

Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ***ein Instrument*** sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;	35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze ***sowie gemeinschaftsbasierte Ansätze wie Hinweisen von der Nutzergemeinschaft*** bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern können; hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ***eines der Instrumente*** sein könnte, um das zu erreichen; betont, dass Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 1174
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze ***bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen mitwirken und wertvolle Erkenntnisse für Risikobewertungen im Rahmen der Verordnung über digitale Dienste liefern***	35. betont, dass ***von der Kommission eingerichtete und verwaltete*** gesellschaftsbasierte Faktenprüfnetze ***nicht als unabhängig angesehen werden können, und ist der Ansicht, dass solche Strukturen die Gefahr bergen, institutionellen Interessen zu dienen und***

können; ***hält fest, dass unabhängige Faktenprüforganisationen für ihre Arbeit stabile Bedingungen benötigen; ist der Ansicht, dass das von der Kommission 2025 angekündigte Europäische Netz von Faktenprüfern ein Instrument sein könnte, um das zu erreichen;*** betont, dass ***Faktenprüforganisationen strenge Standards hinsichtlich politischer Neutralität, Unabhängigkeit und methodischer Objektivität einhalten müssen, um vertrauenswürdig und erfolgreich zu sein***;

die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen; betont, dass ***sich dies negativ auf die Meinungsfreiheit auswirken und sowohl Wahlprozesse als auch das politische und soziale Klima in der Gesellschaft beeinträchtigen könnte***; ***fordert die Kommission daher auf, die Einrichtung eines solchen Netzes unter ihrer Schirmherrschaft nicht fortzusetzen;***

Or. en

Änderungsantrag 1175
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. hebt die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen angesichts der raschen Verbreitung von Informationen und Fehlinformationen in sozialen Medien und anderen Online-Plattformen hervor, da sie in hohem Maße mit digitalen Medien in Berührung kommen und sich in einer prägenden Phase ihrer kognitiven und staatsbürgerlichen Entwicklung befinden; betont, dass verbesserte und altersgerechte Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um Minderjährige vor falschen oder irreführenden Inhalten, manipulativen Gestaltungspraktiken und schädlicher algorithmischer Verstärkung zu schützen und gleichzeitig die Medienkompetenz, das kritische Denken und die digitale Bildung in allen Mitgliedstaaten zu fördern; begrüßt den künftigen Rechtsakt über digitale Fairness als eine Gelegenheit, den

Verbraucher- und Nutzerschutz im digitalen Raum, insbesondere für Minderjährige, zu stärken, und fordert, dass darin strenge Standards für Transparenz, Rechenschaftspflicht und standardmäßige Sicherheit für Plattformen enthalten sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten ferner auf, die Durchführbarkeit und Verhältnismäßigkeit der Einführung einer harmonisierten europäischen digitalen Mehrheitsschwelle, beispielsweise im Alter von 15 Jahren, zu prüfen, begleitet von klaren Mechanismen zur Anleitung der Eltern und rechtsbasierten Schutzmaßnahmen, um ein hohes und einheitliches Schutzniveau für junge Nutzer zu gewährleisten und gleichzeitig die Grundrechte und Datenschutzgrundsätze uneingeschränkt zu achten;

Or. en

Änderungsantrag 1176
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. ist besonders besorgt über den jüngsten Beschluss der Trump-Regierung, Visumsanktionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Beamte zu verhängen, die sich für die Verteidigung von Opfern von Hassrede einsetzen oder diesbezügliche Forschungsarbeiten durchführen; bedauert diesen ungerechtfertigten Beschluss der US-Regierung und bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit den betroffenen Unionsbürgerinnen und -bürgern; fordert die Kommission

nachdrücklich auf, sich gegen solche Bemühungen ausländischer Akteure zu wehren, die auf die Einschüchterung von Akteuren der Zivilgesellschaft oder Regulierungsbehörden in der EU abzielen und die Demokratie, die Meinungsfreiheit, die Forschungsfreiheit oder die unternehmerische Freiheit beeinträchtigen; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zum Schutz der von solchen Angriffen betroffenen Akteure auszuarbeiten und Unterstützungsmechanismen einzurichten; erachtet das Visumverbot der USA als einen beispiellosen und nicht hinnehmbaren Angriff auf die Regulierungshoheit der EU und als einen gefährlichen Präzedenzfall für die Unabhängigkeit der europäischen Institutionen; fordert die US-Regierung auf, ihre Maßnahmen zu überdenken und das gegen die fünf Unionsbürger verhängte Visumverbot unverzüglich aufzuheben;

Or. en

Änderungsantrag 1177
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stellt fest, dass die Faktenprüfung zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Desinformation ist, jedoch selbst missbraucht oder als Instrument zur Manipulation wahrgenommen werden kann, wenn es ihr an Transparenz, Pluralismus, nachweisbarer Fachkompetenz oder klarer Rechenschaftspflicht mangelt; betont daher, dass solide Schutzmaßnahmen erforderlich sind, darunter vollständige Transparenz

hinsichtlich der Finanzierungsquellen, Methoden und Verwaltungsstrukturen, eine strikte Trennung von politischen oder kommerziellen Interessen, die Möglichkeit einer unabhängigen Überprüfung und einer begründeten Anfechtung von Bewertungen sowie geeignete unabhängige Aufsichtsmechanismen; betont, dass solche Schutzmaßnahmen unerlässlich sind, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu wahren und sicherzustellen, dass die Faktenprüfung als Unterstützung für ein offenes, pluralistisches und demokratisches Informationsumfeld dient und nicht als Mechanismus der Zensur wahrgenommen wird;

Or. en

Änderungsantrag 1178
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. fordert den Rat, die Kommission und den Hohen Vertreter auf, entschlossen gegen Praktiken vorzugehen, durch die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in der EU und in den Bewerberländern geschwächt werden, insbesondere durch die vollständige Einbeziehung von Richtwerte für Medienfreiheit in die Bewertungen der Rechtsstaatlichkeit, Konditionalitätsmechanismen und Finanzierungsinstrumente; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Bedrohungen für die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien zu überwachen und alle verfügbaren Instrumente einzusetzen, um die Einhaltung der Werte der EU

sicherzustellen, da Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk das Vertrauen in die Institutionen, die demokratische Resilienz und den Zugang zu verlässlichen Informationen unmittelbar untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 1179
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. fordert eine Verschlankung der von der Union unterstützten Organisationen und Netze zur Faktenprüfung; stellt die Notwendigkeit zentralisierter EU-Strukturen zur Faktenprüfung in Frage und mahnt, dass die Institutionalisierung solcher Gremien die Gefahr birgt, ein faktisches Zensursystem zu schaffen, durch das die Meinungsfreiheit, der Medienpluralismus und die offene demokratische Debatte untergraben werden; betont, dass es nicht Aufgabe der EU-Institutionen ist, die „Wahrheit“ zu bestimmen, und dass die Bekämpfung von Desinformation auf Transparenz und dem freien Austausch von Ideen beruhen sollte und nicht auf von der Union unterstützten Faktenprüfern, die ideologische Voreingenommenheit aufzwingen oder legitime abweichende Meinungen marginalisieren könnten;

Or. en

Änderungsantrag 1180
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. unterstreicht, dass unabhängige Faktenprüfer aus Online-Nutzergemeinschaften, die sich organisch innerhalb jeder sehr großen Online-Plattform gebildet haben und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalisten und akademischen Netzwerken zusammenarbeiten können, eine wichtige Rolle bei der Identifizierung und Bekämpfung von Desinformation spielen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihren Beitrag im Rahmen der Maßnahmen der Union zur Bekämpfung von Desinformation anzuerkennen und technische Unterstützung zu leisten, wobei die redaktionelle Unabhängigkeit und die Meinungsfreiheit uneingeschränkt gewahrt bleiben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1181
Sander Smit

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stellt fest, dass Netze zur Faktenprüfung nur dann zur demokratischen Resilienz beitragen, wenn sie völlig unabhängig von politischer Einflussnahme sind; betont, dass durch die Finanzierung durch politische Institutionen, einschließlich der Kommission, die wahrgenommene oder tatsächliche Neutralität beeinträchtigt werden könnte, was zu einer voreingenommenen Auswahl von Inhalten führen und das Vertrauen der

Öffentlichkeit in die Faktenprüfung als Instrument gegen Desinformation untergraben könnte; fordert daher strenge Schutzmaßnahmen in jedem Rahmenwerk des Schutzschildes für die Demokratie, um vollständige Transparenz zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1182
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. betont, dass professioneller Journalismus europäischer Mediendiensteanbieter unter redaktioneller Verantwortung und in Übereinstimmung mit dem EU-Recht und dem nationalen Recht veröffentlicht wird; fordert Schutzmaßnahmen, um sicherzustellen, dass sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen rechtmäßige europäische redaktionelle Medieninhalte nicht ungerechtfertigt aus dem Verzeichnis streichen, herabstufen oder auf andere Weise deren Sichtbarkeit und faire Einstufung beeinträchtigen und dass die Einstufungssysteme transparent und diskriminierungsfrei bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 1183
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. gibt zu bedenken, dass es einer liberalen demokratischen Gesellschaft fremd ist, Mindeststandards oder Modelle für den Journalismus festzulegen, und dass dies die Gefahr birgt, dass de facto eine Lizenzierung, Stratifizierung oder Vorzugsbehandlung von Medienakteuren eingeführt wird und rechtmäßige journalistische Tätigkeiten außerhalb solcher Rahmenbedingungen an den Rand gedrängt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1184
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stellt fest, dass für die Einrichtung eines Netzes europäischer Faktenprüfer eine vorherige Bewertung erforderlich wäre, um sicherzustellen, dass solche Organisationen nicht unter politischer oder informativer Voreingenommenheit leiden;

Or. en

Änderungsantrag 1185
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. besteht darauf, dass der Unterstützung unabhängiger Medien und

des Journalismus angemessene Bedeutung beigemessen wird; weist darauf hin, dass Demokratie nur dann gewährleistet ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger zuverlässige Informationen erhalten; fordert, dass Algorithmen in den sozialen Medien standardmäßig zuverlässige Nachrichtenquellen priorisieren, anstatt Desinformation und Propaganda zu fördern; ist der Auffassung, dass alle Maßnahmen in diesem Bereich mit Anstrengungen zur Bekämpfung von Desinformation einhergehen sollten, um Anreize für die Einhaltung der Vorschriften zu schaffen; weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, den Zugang zu zuverlässigen Informationen in allen Formen sowohl online als auch offline sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1186
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. fordert die Einführung und konsequente Durchsetzung klarer und verbindlicher Schutzmaßnahmen gegen den Missbrauch von Spyware und anderen invasiven Technologien zur gezielten Überwachung, insbesondere in Bezug auf Journalisten, Medienschaffende und redaktionelle Organisationen; betont, dass strenge Rechtsvorschriften und unabhängige Kontrollmechanismen für den Erwerb, den Einsatz und die Genehmigung solcher Instrumente eingeführt werden müssen, um den Missbrauch dieser Instrumente zu verhindern, wodurch die Medienfreiheit, die Vertraulichkeit von

Quellen und die demokratische Rechenschaftspflicht untergraben werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 1187
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. lehnt die Institutionalisierung von „Prebunking“ oder Instrumenten zur Antizipation von Narrativen als offiziellen Bestandteil des Schutzschildes ab; betont, dass demokratische Resilienz voraussetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, konkurrierende Behauptungen zu bewerten, und dass vorausschauende Interventionen die Gefahr bergen, politische Meinungsverschiedenheiten in ein kontrolliertes Problem der „kognitiven Sicherheit” umzuwandeln;

Or. en

Änderungsantrag 1188
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. weist darauf hin, dass Meta in den Vereinigten Staaten sein Programm zur Faktenprüfung durch Dritte eingestellt hat, nachdem es zu einem Instrument der Zensur geworden war; fordert die EU auf, diesem Beispiel zu folgen und die institutionelle Unterstützung für Faktenprüfer zu reduzieren;

Änderungsantrag 1189
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 35 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35c. betont, dass lokale und regionale Medien eine entscheidende Rolle bei der demokratischen Resilienz spielen und als indirekter, aber unverzichtbarer Bestandteil des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie anerkannt werden sollten, da sie eine wichtige Funktion bei der Überwachung der lokalen Regierungsführung, der Aufdeckung von Korruption und der Behandlung von Themen mit unmittelbarer Relevanz für die Bürgerinnen und Bürger ausüben; ist besorgt über die zunehmende Verbreitung von „lokalen Nachrichtenwüsten“, die zum Teil auf strukturellen wirtschaftlichen Druck und die Dominanz großer digitaler Plattformen zurückzuführen sind, die die Sichtbarkeit und finanzielle Nachhaltigkeit des lokal verankerten Journalismus beeinträchtigen; betont, dass die Erosion lokaler Informationsökosysteme die Anfälligkeit für Desinformation, Manipulation und soziale Polarisierung an der Basis erhöht; fordert daher gezielte Maßnahmen der Union und der Mitgliedstaaten, um die Nachhaltigkeit, Zugänglichkeit und Innovationsfähigkeit der lokalen und regionalen Medien zu stärken und damit den Medienpluralismus, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und die allgemeine Widerstandsfähigkeit des demokratischen Informationsraums zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1190
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35c. betont, dass wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Medienpräsenz in Form einer positiven und negativen Kuratierung erfolgen müssen; weist darauf hin, dass eine positive Kuratierung Inhalte aus vertrauenswürdigen Informationsquellen stärken würde, indem sie diese leicht und schnell zugänglich und sichtbar macht, während durch eine negative Kuratierung verbotene Praktiken unterbunden würden; betont, dass die Auswahl der Medien, die unter die Maßnahme zur Gewährleistung einer angemessenen Berichterstattung fallen, 1) anhand sektorspezifischer Definitionen wie „Medienangebote von allgemeinem Interesse“, wie sie von den nationalen Behörden festgelegt wurden, oder 2) anhand freiwilliger Verhaltenskodizes oder anderer beruflicher Normen wie der Journalism Trust Initiative erfolgen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1191
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 35 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

35c. fordert die Kommission auf, keine weiteren Verzögerungen bei der Bewertung dezentraler Mechanismen für von den Nutzern veranlassten Korrekturen, einschließlich gemeinschaftsbasierter Kontextualisierungssysteme, als potenziell weniger eingreifende Alternativen zu zentralisierten Strukturen zur Moderation oder Faktenprüfung zuzulassen, um den Pluralismus zu bewahren und das Risiko einer Übergriffigkeit zu minimieren; stellt fest, dass zentralisierte Strukturen zur Faktenprüfung zwar eine schnellere Reaktion auf neue Narrative ermöglichen, dezentrale, gemeinschaftsbasierte Systeme jedoch Raum für eine größere Bandbreite an Standpunkten und Diskussionen bieten; betont, dass die jeweiligen Stärken und Grenzen beider Ansätze berücksichtigt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1192
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35d. ist besorgt darüber, dass ein wachsender Anteil der Werbemittel von Plattformen für die gemeinsame Nutzung von Inhalten vereinnahmt wird, die weder Nachrichten noch kreative Inhalte finanzieren, was zu Lasten anderer Akteure geht; weist darauf hin, dass einem Bericht der französischen ARCOM und des Kulturministeriums aus dem Jahr 2023 zufolge Medien, die in Nachrichteninhalte sowie audiovisuelle und kinematografische Werke investieren, im Jahr 2012 65 % der Werbeeinnahmen erhielten; betont, dass dieser Anteil zehn

Jahre später, im Jahr 2022, auf 40 % gesunken war und bis 2030 voraussichtlich auf 29 % sinken wird; betont, dass dies allein für die französischen Medien einen Verlust von 800 Mio. EUR bedeutet; betont, dass Meta, Alphabet, Amazon und TikTok 45 % dieser Einnahmen erzielen;

Or. en

Änderungsantrag 1193
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 35 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35d. betont, welch wichtige Rolle die öffentlich-rechtlichen Medien bei der Gewährleistung eines universellen Zugangs zu zuverlässigen, objektiven und unabhängig produzierten Nachrichteninhalten sowohl auf traditionellen als auch auf digitalen Plattformen spielen; betont, dass unabhängige und allgemein vertrauenswürdige öffentlich-rechtliche Medien eine wichtige zivilgesellschaftliche Schutzfunktion und eine Säule des sozialen Zusammenhalts darstellen, insbesondere in Zeiten von Krisen, Instabilität oder erhöhter Verunsicherung hinsichtlich der Informationslage, indem sie verifizierte Informationen bereitstellen, Manipulationen entgegenwirken und die Kontinuität der Kommunikation im öffentlichen Interesse für alle Teile der Gesellschaft gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1194
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 35 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35e. ist besorgt über die Medienkonzentration, die eine Gefahr für die Unabhängigkeit und den Pluralismus der Medienlandschaft darstellt; betont, dass die Kontrolle der Konzentration im Mediensektor auf zwei Aspekten beruhen sollte: einer wirtschaftlichen Kontrolle und einer Kontrolle des Pluralismus; ist der Auffassung, dass Artikel 22 des europäischen Rechtsakts über Medienfreiheit als eine Bestimmung zur demokratischen Infrastruktur und nicht als technischer Anhang zur Fusionskontrolle verstanden werden sollte; stellt jedoch fest, dass das Instrument für die Zukunft konzipiert ist und bereits erfolgte Fusionen nicht berücksichtigt werden; ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Wiederherstellung des Pluralismus ergriffen werden sollten, um den Pluralismus dort wiederherzustellen, wo er untergraben wurde;

Or. en

Änderungsantrag 1195
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Zivilgesellschaft	Zivilgesellschaft ***und demokratische Teilhabe***

Or. en

Änderungsantrag 1196
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung unserer Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1197
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft ***bei der Verteidigung unserer Demokratie*** eine entscheidende Rolle ***spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften***; hebt	36. betont, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle ***für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie spielen kann***; hebt ***jedoch*** hervor, dass ***Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl Opfer ausländischer Einmischung als auch, wenn sie nicht ausreichend geschützt sind, potenzielle Träger solcher Einmischung sein können; betont, dass zum Aufbau von Resilienz auch wirksame, verhältnismäßige und***

insbesondere hervor, dass ***die*** Zivilgesellschaft ***einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet***;

durchsetzbare Maßnahmen in den Bereichen Transparenz, Überprüfung und Rechenschaftspflicht gehören müssen, ohne dass die politische Aufsicht oder die Kontrolle der Inhalte über rechtmäßige Aktivitäten der Zivilgesellschaft ***innerhalb der Union ausgeweitet wird***; ***weist darauf hin, dass die Kommission in der Vergangenheit durch die unangemessene Verwendung von Finanzmitteln zivilgesellschaftliche Organisationen dazu veranlasst hat, ihre eigene politische Agenda zu unterstützen;***

Or. en

Änderungsantrag 1198
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung unserer Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;	36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung unserer Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet; ***hebt hervor, dass die Grundfinanzierung für zivilgesellschaftliche Organisationen in vielen Mitgliedstaaten aufrechterhalten und gestärkt werden muss, und würdigt deren wesentlichen Beitrag zu den demokratischen Werten;***

Or. en

Änderungsantrag 1199
Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung unserer Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;	36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung unserer Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet; ***stellt fest, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in der Öffentlichkeit häufig von extremen politischen Akteuren als Sündenböcke dargestellt werden, was die Zivilgesellschaft insgesamt anfälliger macht;***

Or. en

Änderungsantrag 1200
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass ***die*** Zivilgesellschaft bei der Verteidigung ***unserer*** Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche	36. betont, dass ***eine lebendige*** Zivilgesellschaft bei der ***Unterstützung staatlicher Institutionen zur*** Verteidigung ***der*** Demokratie eine entscheidende Rolle

demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv ***bekämpft***, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;	spielt, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv ***dagegen vorgeht***, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet; ***weist darauf hin, dass eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft eine der tragenden Säulen einer funktionierenden Demokratie darstellt;***

Or. en

Änderungsantrag 1201
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft ***bei der Verteidigung unserer Demokratie*** eine entscheidende Rolle spielt***, und zwar nicht nur indem sie Manipulationsversuche demokratischer Prozesse aus dem Ausland als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften***; hebt ***insbesondere*** hervor, dass ***die*** Zivilgesellschaft ***einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet***;	36. betont, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle ***bei der Förderung nichtpolitischer gemeinnütziger Aktivitäten*** spielt; hebt hervor, dass ***Transparenz und eine klare Unterscheidung zwischen gemeinnützigen Aktivitäten der*** Zivilgesellschaft ***und politischer Interessenvertretung sichergestellt werden müssen***; ***ist der Ansicht, dass die Union zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen sollte, die sich für gemeinnützige, nichtpolitische Aktivitäten einsetzen, und Organisationen ausschließen sollte, die politische Kampagnen oder politische Lobbyarbeit betreiben;***

Or. en

Änderungsantrag 1202
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung ***unserer*** Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie ***Manipulationsversuche demokratischer*** Prozesse ***aus dem Ausland*** als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;	36. betont, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung ***der*** Demokratie eine entscheidende Rolle spielt, und zwar nicht nur indem sie ***böswillige Eingriffe in demokratische*** Prozesse als wachsame Instanz aufdeckt und aktiv bekämpft, sondern auch als elementare Kraft bei den langfristigen Bemühungen um den Aufbau stärkerer und widerstandsfähigerer Gesellschaften; hebt insbesondere hervor, dass die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte leistet;

Or. en

Änderungsantrag 1203
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. fordert die Kommission auf, unverzüglich Mittel für eine unabhängig geführte europäische Einrichtung als Pendant zum in Toronto ansässigen Citizen Lab bereitzustellen, deren Aufgabe es ist, operative, informationsgestützte Untersuchungen zu Bedrohungen für Demokratie, Menschenrechte und globale Sicherheit im digitalen Ökosystem durchzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 1204
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. begrüßt die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft der Kommission, die zusammen mit der Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie veröffentlicht wurde; begrüßt den Ansatz der Kommission, diese Strategie mit ihrer Arbeit am Schutzschild zu verknüpfen und damit das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1205
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. ***begrüßt die EU-Strategie für die*** Zivilgesellschaft ***der Kommission, die zusammen mit der Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie veröffentlicht wurde***; ***begrüßt den Ansatz der Kommission, diese Strategie mit ihrer Arbeit am Schutzschild zu verknüpfen und damit das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken***;	37. ***Betont, dass die Kommission zivilgesellschaftliche Organisationen, die gemeinnützige Tätigkeiten ausüben, unterstützen kann, unter anderem in den Bereichen Gesundheitswesen, soziale Dienste, berufliche Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern, Naturschutz und Hilfe für Opfer von Gewalt; betont, dass die Finanzmittel der Union für Organisationen der*** Zivilgesellschaft ***nicht zur Unterstützung von Organisationen verwendet werden sollten, die hauptsächlich politische Aktivitäten, Lobbyarbeit oder Aktivitäten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und von Wahlen betreiben,***

einschließlich der sogenannten politischen nichtstaatlichen Organisationen; ***fordert die Kommission auf, die Finanzierung solcher Organisationen einzustellen und von Maßnahmen abzusehen, durch die ihre Rolle gestärkt würde***;

Or. en

Änderungsantrag 1206
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. ***begrüßt*** die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft der Kommission***, die zusammen mit der Mitteilung über den*** Europäischen Schutzschild für die Demokratie ***veröffentlicht wurde***; ***begrüßt den Ansatz der Kommission, diese Strategie mit ihrer Arbeit am Schutzschild zu verknüpfen und damit das bürgerschaftliche*** Engagement ***weiter zu stärken***;	37. ***nimmt*** die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft der Kommission ***zur Kenntnis; äußert Vorbehalte hinsichtlich der Verzahnung dieser Strategie mit dem*** Europäischen Schutzschild für die Demokratie***, da ein solcher Ansatz die Gefahr birgt, die Grenze zwischen demokratischer Teilhabe und politischer Interessenvertretung zu verwischen***; ***betont, dass bürgerschaftliches*** Engagement ***nicht instrumentalisiert werden sollte, um vorab festgelegte politische Ziele zu fördern oder eine einzige ideologische Auslegung der Werte der Union zu stärken***;

Or. en

Änderungsantrag 1207
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

37. ***begrüßt*** die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft der Kommission, die zusammen mit der Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie veröffentlicht wurde; begrüßt den Ansatz der Kommission, diese Strategie mit ihrer Arbeit am Schutzschild zu verknüpfen und damit das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken;	37. ***nimmt*** die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft der Kommission ***zur Kenntnis***, die zusammen mit der Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie veröffentlicht wurde; begrüßt den Ansatz der Kommission, diese Strategie mit ihrer Arbeit am Schutzschild zu verknüpfen und damit das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken; ***betont, dass ein ehrgeizigerer Ansatz erforderlich ist, um die Rolle der Zivilgesellschaft in demokratischen Prozessen angemessen zu verteidigen;***

Or. en

Änderungsantrag 1208
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. hebt den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum und den zunehmenden Druck hervor, dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger ausgesetzt sind, insbesondere diejenigen, die sich für LGBTIQ+-Rechte, Frauenrechte, die Unterstützung von Migranten und die Bekämpfung von Rassismus einsetzen, unter anderem durch politisch motivierte Ermittlungen und Kürzungen der Finanzmittel; betont, dass sie eine unverzichtbare Rolle bei der Förderung von Demokratie, Grundrechten und sozialer Gerechtigkeit spielen, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine solide, nachhaltige und diversifizierte Finanzierung sicherzustellen, die über kurzfristige Projektzuschüsse hinausgeht und eine

stabile operative Unterstützung, den Aufbau von Kapazitäten und einen verbesserten Zugang für kleinere und Basisorganisationen umfasst, damit die Zivilgesellschaft in der gesamten Union effizient und unabhängig arbeiten und zu einer resilienten demokratischen Gesellschaft beitragen kann;

Or. en

Änderungsantrag 1209
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. betont, dass die Zivilgesellschaft häufig Ziel ausländischer Einmischung, einschließlich transnationaler Repression, ist und daher in einer guten Position ist, um Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und die Entwicklung effizienter Lösungen zu unterstützen; fordert die Kommission auf, die Zivilgesellschaft nicht nur als Zielgruppe von Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Einmischung einzubeziehen, sondern ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen auch proaktiver in den politischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 1210
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	37a. ist besorgt über die forcierte Einschränkung des Zugangs zu Plattformdaten für unabhängige Forscher und Organisationen der Zivilgesellschaft, wodurch die Aufdeckung und Analyse von Desinformation und koordiniertem unauthentischem Verhalten erschwert wird; fordert die Kommission auf, die wirksame Durchsetzung der Datenzugangsverpflichtungen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste sicherzustellen, einschließlich eines sinnvollen und zeitnahen Zugangs zu Daten, die für Forschungszwecke von öffentlichem Interesse erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 1211
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. betont, dass im Rahmen von aus öffentlichen Mitteln finanzierten Projekten keine Aktivitäten durchgeführt werden sollten, die sich gegen die Mitgliedstaaten oder die Union und ihre Werte richten; fordert eine strenge Überwachung der Projektdurchführung;

Or. en

Änderungsantrag 1212
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre	***entfällt***

Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1213
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre ***Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige*** Plattform der Zivilgesellschaft ***einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird***; ***ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur***	38. fordert die Kommission auf, ihre ***Pläne zur Einrichtung einer*** Plattform der Zivilgesellschaft***, deren Ziel die Beeinflussung politischer Entscheidungen ist, einzustellen***; ***betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen weder als Ersatz für die*** Aktivitäten ***der Mitgliedstaaten noch als Instrument gegen politische Entscheidungen der Mitgliedstaaten eingesetzt werden dürfen***;

Koordinierung der Aktivitäten ***von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte***;

Or. en

Änderungsantrag 1214
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte;	38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte; ***betont, dass nach Möglichkeit zivilgesellschaftliche Organisationen aus Bewerberländern und möglichen Bewerberländern in diesen Dialog einbezogen werden sollten, insbesondere***

solche, die sich konsequent für die Förderung der digitalen Angleichung, der Informationsintegrität und der demokratischen Resilienz einsetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1215
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte;	38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte; ***betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen aus Bewerberländern und möglichen Bewerberländern in diesen Dialog einbezogen werden müssen, insbesondere solche, die sich konsequent für die Förderung der Angleichung der Digitalvorschriften, der Informationsintegrität und der demokratischen Resilienz einsetzen;***

Or. en

Änderungsantrag 1216
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen ***und*** von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte;	38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ***betont, dass angesichts der knappen Ressourcen der Zivilgesellschaft eine angemessene Vergütung für eine sinnvolle Beteiligung an der Plattform der Zivilgesellschaft erforderlich ist;*** ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen***,*** von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland ***und von transnationaler Repression*** beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1217
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ***ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige*** Plattform der Zivilgesellschaft ***einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird***; ***ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der*** Aktivitäten ***von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte***;	38. fordert die Kommission auf, ***von der Schaffung weiterer Instrumente zur Einrichtung einer*** Plattform der Zivilgesellschaft ***abzusehen, durch die die Rolle sogenannter politischer nichtstaatlicher Organisationen gestärkt würde***; ***betont, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, ihre Meinung öffentlich zu äußern und am politischen Leben mitzuwirken, unter anderem durch Wahlen und die Beteiligung an politischen*** Aktivitäten***, einschließlich der Zusammenarbeit mit politischen Parteien***;

Or. en

Änderungsantrag 1218
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ***ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen***; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige*** Plattform der Zivilgesellschaft ***einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang***	38. fordert die Kommission auf, ***bei der Entwicklung neuer Instrumente für den zivilen Dialog Zurückhaltung zu üben***; ***weist warnend auf die Schaffung permanenter oder zentralisierter Plattformen hin, durch die ausgewählte Interessengruppen bevorzugt werden könnten oder parallele Einflusskanäle außerhalb der etablierten demokratischen Prozesse entstehen könnten; lehnt die***

mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie ***und der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und*** von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland ***beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern könnte***;

Einrichtung einer funktionsfähigen Plattform der Zivilgesellschaft ***im Rahmen des Schutzschildes für die*** Demokratie ***ab; betont, dass jeder Austausch mit nichtstaatlichen Akteuren weiterhin auf Transparenz beruhen und die repräsentative Demokratie strikt ergänzen muss, ohne dass diesen Akteuren Beratungs- oder Koordinierungsfunktionen im Bereich der demokratischen Resilienz oder der Bekämpfung*** von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland ***übertragen werden***;

Or. en

Änderungsantrag 1219
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung ***von hybriden Bedrohungen und*** von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern	38. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen im Bereich des zivilen Dialogs zu intensivieren und neue Instrumente dafür zu schaffen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, bis 2026 eine funktionsfähige Plattform der Zivilgesellschaft einzurichten, um einen systematischeren Ansatz voranzutreiben, der zur Stärkung des Dialogs im Einklang mit den Werten der EU genutzt wird; ist der Ansicht, dass die angekündigte Online-Wissensplattform zum zivilgesellschaftlichen Raum zur Koordinierung der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich des Schutzes der Demokratie und der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beitragen und das Situationsbewusstsein verbessern

könnte; | könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1220
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. betont, dass junge Menschen aktiv in das demokratische Leben einbezogen werden müssen, da sie eine wichtige Rolle bei der Stärkung der bürgerschaftlichen und politischen Teilhabe spielen; fordert die Förderung neuer Formen der Beteiligung, unter anderem durch die Entwicklung von partizipativen digitalen Plattformen, Jugendräten, partizipativen Haushaltsverfahren und Basisinitiativen, um eine sinnvolle Einbindung in Entscheidungsprozesse auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sicherzustellen; unterstreicht, dass von jungen Menschen initiierte demokratische innovative Initiativen unterstützt, die Bürger- und Medienkompetenz gefördert und inklusive Räume geschaffen werden müssen, in denen junge Menschen Politik mitgestalten, zur öffentlichen Debatte beitragen und Vertrauen in demokratische Institutionen aufbauen können;

Or. en

Änderungsantrag 1221
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. fordert die Kommission auf, den Bewerberländern und möglichen Bewerberländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen und regelmäßige und strukturierte Dialoge mit regionalen Initiativen und Akteuren der Zivilgesellschaft einzurichten, insbesondere mit denen, die sich konsequent für die Integrität von Wahlen, die Bekämpfung von Desinformation und die Förderung der Informationsintegrität und der demokratischen Resilienz einsetzen, wobei ein inklusiver und menschenrechtsbasierter Ansatz zugrunde zu legen ist, und sicherzustellen, dass dieser Dialog sinnvoll mit der Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und der EU-Strategie für die Zivilgesellschaft verknüpft wird;

Or. en

Änderungsantrag 1222
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 38 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38b. betont, dass junge Menschen unverhältnismäßig stark von Desinformation, ausländischer Einflussnahme und durch KI generierten manipulativen Inhalten betroffen sind, da sie für Informationen, Kommunikation und politische Mobilisierung in höherem Maße auf Online-Plattformen und soziale Medien angewiesen sind; betont, dass die Stärkung der Beteiligung junger Menschen daher nicht nur eine Frage der

Inklusion ist, sondern ein Kernelement der demokratischen Resilienz und Sicherheit darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 1223
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. betont, dass konkreten Finanzierungsprogrammen wie dem Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ große Bedeutung zukommt; begrüßt die Idee der Kommission, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ beizubehalten und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 aufzunehmen; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU den Bedürfnissen der Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1224
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ***betont, dass konkreten Finanzierungsprogrammen wie dem Programm*** „Bürgerinnen und Bürger,	39. ***ist besorgt über die fortgesetzte Ausweitung der Finanzierungsprogramme der Union für***

Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***große Bedeutung zukommt; begrüßt die Idee der Kommission, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ beizubehalten und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 aufzunehmen; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU den Bedürfnissen der*** Organisationen ***der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden***;

Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***und des vorgeschlagenen AgoraEU-Rahmens, die dazu führen könnten, dass nichtstaatliche*** Organisationen ***zu von der EU finanzierten und beauftragten Einrichtungen werden, ähnlich wie staatlich organisierte, nichtstaatliche Organisationen***; ***weist darauf hin, dass bei der Zuweisung solcher Mittel Fragen hinsichtlich der politischen Ausgewogenheit, der Transparenz und der indirekten Beeinflussung der öffentlichen Debatte aufgeworfen wurden; betont, dass Unionsmittel nicht dazu verwendet werden dürfen, bestimmte ideologische Ziele zu fördern oder Akteure zu finanzieren, die sich für politische Interessenvertretung gegen die Regierungen der Mitgliedstaaten oder deren demokratische Entscheidungen einsetzen; fordert strengere Schutzmaßnahmen, vollständige Transparenz und politische Neutralität bei allen künftigen Finanzierungen und lehnt die Zentralisierung solcher Finanzierungen unter der direkten Verwaltung der Kommission ab;***

Or. en

Änderungsantrag 1225
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ***betont***, dass ***konkreten Finanzierungsprogrammen*** wie ***dem*** Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***große Bedeutung zukommt***; ***begrüßt die Idee der Kommission, das Programm*** „Bürgerinnen	39. ***stellt fest***, dass ***konkrete Finanzierungsprogramme*** wie ***das*** Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***existieren***; ***stellt fest, dass derzeit Gespräche über die Beibehaltung des***

und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***beizubehalten*** und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 ***aufzunehmen***; ***fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU den Bedürfnissen der Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden;***

Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und ***dessen Aufnahme*** in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 ***geführt werden***;

Or. en

Änderungsantrag 1226
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. betont, dass konkreten Finanzierungsprogrammen wie dem Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ große Bedeutung zukommt; begrüßt die Idee der Kommission, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ beizubehalten und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 aufzunehmen; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass ***die*** Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU den Bedürfnissen der Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden;	39. betont, dass konkreten Finanzierungsprogrammen wie dem Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ große Bedeutung zukommt; begrüßt die Idee der Kommission, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ beizubehalten und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 aufzunehmen; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass ***ausreichende und vorhersehbare*** Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU ***zur Verfügung stehen, die*** den Bedürfnissen der Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1227

Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. betont, dass ***konkreten*** Finanzierungsprogrammen ***wie dem Programm*** „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ große Bedeutung zukommt; begrüßt die ***Idee*** der Kommission, ***das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ beizubehalten und in das neue Programm AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 aufzunehmen; fordert die Kommission auf, dafür*** Sorge zu tragen***, dass die Mittel für diesen Aktionsbereich von AgoraEU den Bedürfnissen der Organisationen der Zivilgesellschaft entsprechen und in direkter Mittelverwaltung durch die Kommission ausgeführt werden***;	39. betont, dass Finanzierungsprogrammen ***der EU zur Unterstützung der Medien und der Zivilgesellschaft, einschließlich des Programms*** „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ***und Kreatives Europa,*** große Bedeutung zukommt; begrüßt die ***Absicht*** der Kommission, ***im Rahmen des künftigen MFR für Kontinuität*** Sorge zu tragen; ***fordert zeitnahe und angemessen finanzierte Maßnahmen, einschließlich eines Programms zur Stärkung der Medienresilienz, um den Übergang zum nächsten Finanzierungszeitraum zu überbrücken, unter anderem durch eine Ausweitung des Umfangs des Programms;***

Or. en

Änderungsantrag 1228
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. ***hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur***	40. betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; ***stellt fest, dass Mitglieder derzeit Zahlungen von Kunden annehmen können, die sie nicht offenlegen müssen, und erkennt das damit verbundene Risiko des Missbrauchs***

unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

an; stellt fest, dass einer der Hauptangeklagten im Katargate-Skandal ein ehemaliges Kommissionsmitglied in den Vorstand der Organisation berufen hatte, die er als Deckmantel für seine Einflussnahme missbrauchte, und dass dieses ehemalige Kommissionsmitglied die Zustimmung des Ethikausschusses der Kommission erhielt, obwohl diese Scheinorganisation nicht im Transparenzregister der EU eingetragen war und daher ihre Finanzierungsquellen nicht offengelegt hatte, und räumt ein, dass das derzeitige System Schwächen aufweist, da die bestehenden Integritätsvorschriften ausschließlich durch Selbstkontrolle der Mitglieder derselben Institution untereinander durchgesetzt werden; ist der Auffassung, dass die Geschäftsordnung des Parlaments weiter überarbeitet werden muss, um bestehende Lücken in Bezug auf Transparenz und Integrität zu schließen und die bestehenden Vorschriften durchzusetzen; fordert die Einführung abschreckender Mindeststrafen bei Verstößen gegen die Vorschriften des Parlaments, ein verschärftes Verbot von Nebentätigkeiten im Bereich Lobbyarbeit, das eindeutig auch Beratungsdienstleistungen umfasst, die Offenlegung von Nebeneinkünften ab dem ersten Cent sowie eine Reform des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern unter Einbeziehung unabhängiger externer Sachverständiger; stellt fest, dass mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen Änderungen der Haushaltsordnung in Kraft treten werden, durch die die zahlreichen Daten über Empfänger von EU-Mitteln, die im Förder- und Ausschreibungsportal verfügbar sind, das Finanztransparenzsystem und die Daten über Interessenvertreter im Transparenzregister in einem einzigen Portal zusammengefasst werden; ist der Ansicht, dass die interinstitutionelle Vereinbarung über das

Transparenzregister der EU weiter überarbeitet werden muss, um alle Einrichtungen zu verpflichten, sowohl ihre Ausgaben für Aktivitäten im Rahmen des Registers als auch ihren gesamten Haushalt offenzulegen, damit die Zahlen aller Gruppen von Registrierten verglichen werden können; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren; ***verpflichtet sich, alle seine Verpflichtungen aus der interinstitutionellen Vereinbarung über ein unabhängiges Ethikgremium der EU zu erfüllen;***

Or. en

Änderungsantrag 1229
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von ***der Kommission und*** böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch

Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren; ***fordert mehr Klarheit und Transparenz hinsichtlich der Rolle von nichtstaatlichen Organisationen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die an der Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie beteiligt sind, einschließlich ihrer Finanzierungsquellen, ihrer Ziele im Bereich der Interessenvertretung und etwaiger quasi-regulatorischer Funktionen, die sie ausüben, um die demokratische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 1230
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals***, der Verurteilung des Assistenten des ehemaligen AfD-Europaabgeordneten***

hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

Maximilian Krah wegen Spionage für China und der mutmaßlichen Bestechung des Europaabgeordneten Petr Bystron durch den Kreml, um russische Propaganda zu verbreiten, eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren; ***gibt zu bedenken, dass Transparenzreformen und Verwaltungsvorschriften nicht als politischer Vorwand oder als Instrument autoritärer Akteure zur Untergrabung der Demokratie und der Interessen der EU missbraucht werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1231
Sander Smit

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen ***mehr*** finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen ***umfassender*** finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen;

hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren; ***betont, dass die EU in dieser Hinsicht durch verbindliche Transparenz- und Integritätsklauseln eine Vorreiterrolle in Bezug auf ihre Finanzierungsbedingungen und Arbeitsprogramme übernehmen sollte, um das interinstitutionelle Gleichgewicht der Kräfte und den allgemeinen Grundsatz der Gewaltenteilung (trias politica) zu wahren;***

Or. en

Änderungsantrag 1232
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von ***böswilligen*** Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und ***insbesondere*** hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf***, einschließlich Transparenz hinsichtlich der von der Kommission bereitgestellten Mittel***; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von Akteuren aus Drittländern***, militanten Organisationen und islamistischen Gruppen*** als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; ***erklärt sich darüber hinaus besorgt über die mögliche Nutzung bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen als***

missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	***Instrumente zur Förderung institutioneller oder politischer Interessen;*** betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

Or. en

Änderungsantrag 1233
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der ***EU und ihren*** Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und ***insbesondere*** hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf***, einschließlich Transparenz hinsichtlich der von der Kommission bereitgestellten Mittel***; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der ***Union und den*** Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; ***erklärt sich darüber hinaus besorgt über die mögliche Nutzung bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen als Instrumente zur Förderung institutioneller oder politischer Interessen;*** betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere

stigmatisieren;	Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

Or. en

Änderungsantrag 1234
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren; ***betont, dass Namen von nichtstaatlichen Organisationen, mit denen die Kommission Verträge abgeschlossen hat, veröffentlicht werden sollten, um vollständige Transparenz und***

öffentliche Rechenschaftspflicht bei EU-finanzierten Aktivitäten sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1235
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; ***betont, dass die Transparenzanforderungen für alle Organisationen der Zivilgesellschaft gleichermaßen gelten müssen, einschließlich derjenigen, die Finanzmittel der Union erhalten oder eng mit den Organen der Union zusammenarbeiten;*** hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

Or. en

Änderungsantrag 1236
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ ***angesichts des sogenannten Katargate-Skandals*** eine besondere Verantwortung ***dafür*** trägt, ***zu Reformen in diesem Bereich beizutragen***; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass Organisationen der Zivilgesellschaft von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ eine besondere Verantwortung ***für die Stärkung der Standards in Bezug auf Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht*** trägt, ***insbesondere angesichts der Lehren, die aus früheren Fällen von Korruption und ausländischer Einflussnahme gezogen wurden***; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;

Or. en

Änderungsantrag 1237
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von ***Organisationen der Zivilgesellschaft*** im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass ***Organisationen der Zivilgesellschaft*** von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; hebt jedoch hervor, dass Maßnahmen zur Bewältigung dieser Frage so konzipiert sein sollten, dass sie nicht dazu missbraucht werden können, die rechtmäßigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren;	40. hebt hervor, dass es in Bezug auf die Finanzierung von ***Interessenvertretern*** im Allgemeinen und hinsichtlich der Unterstützung durch Drittländer im Besonderen mehr finanzieller Transparenz bedarf; weist darauf hin, dass ***Interessenvertreter*** von böswilligen Akteuren aus Drittländern als Instrumente zur unrechtmäßigen Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der EU und ihren Mitgliedstaaten genutzt werden können und bereits genutzt wurden; betont, dass das Parlament als Organ angesichts des sogenannten Katargate-Skandals ***und des Huawei-Skandals*** eine besondere Verantwortung dafür trägt, zu Reformen in diesem Bereich beizutragen; ***gibt zu bedenken, dass die sogenannten Transparenzreformen und Verwaltungsvorschriften nicht dazu missbraucht werden dürfen, die Demokratie und die Interessen der EU zu untergraben;***

Or. en

Änderungsantrag 1238
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. weist auf jüngste Fälle hin, die im Zusammenhang mit politischer Kommunikation und Medienregulierung ernsthafte Bedenken hinsichtlich Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Achtung der Grundrechte aufgeworfen haben, darunter Vorwürfe gezielter politischer Werbung durch die Kommission im Verlauf von

Wahlprozessen in den Niederlanden; weist ferner auf die Kontroverse um die Festnahme des Telegram-Gründers Pawel Durow hin und nimmt die geäußerten Bedenken hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und den Zugang zu Informationen zur Kenntnis; verweist auch auf Fälle, in denen Sanktionen gegen Fernsehsender verhängt wurden; betont, dass alle Maßnahmen, die Medienakteure oder digitale Plattformen betreffen, in der Union strikt im Einklang mit dem EU-Recht, einschließlich der Charta der Grundrechte, stehen müssen und auf einer klaren Rechtsgrundlage beruhen, einer wirksamen gerichtlichen Überprüfung unterliegen und den Grundsätzen der Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Nichtdiskriminierung entsprechen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1239
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. stellt fest, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zwar eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Pluralismus, Menschenrechten und demokratischer Teilhabe spielen, jedoch in bestimmten Fällen Ziel von Unterwanderung oder Instrumentalisierung durch böswillige ausländische beeinflussende Akteure sein können, die politische Prozesse stören oder die öffentliche Debatte verzerren wollen; betont, dass im Rahmen des formellen politischen Dialogs und der Umsetzung politischer Maßnahmen die

ordnungsgemäß gebildete Regierung des jeweiligen Mitgliedstaats oder Drittlands der wichtigste institutionelle Gesprächspartner für die EU-Organe bleiben sollte, während Organisationen der Zivilgesellschaft in beratender und ergänzender Funktion einen Beitrag leisten; betont, dass durch einen solchen Ansatz die demokratische Legitimität und die institutionelle Rechenschaftspflicht gewahrt bleiben und gleichzeitig das Engagement der Zivilgesellschaft in sinnvoller Weise gefördert wird;

Or. en

Änderungsantrag 1240
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. besteht darauf, dass sich die europäischen Institutionen vor jeglicher Form von Unterwanderung durch nichtstaatliche Akteure, die Ideen vertreten, die den europäischen Werten zuwiderlaufen, schützen müssen; stellt insbesondere die ideologische Nähe zwischen der Muslimbruderschaft und FEMYSO fest und fordert daher eine Überprüfung ihrer Eintragung im Transparenzregister; ist besorgt angesichts ultra-konservativer Gruppen in Europa, darunter Ordo Iuris, die sich aktiv für die Einschränkung der Rechte von Frauen und LGBTQI+-Personen einsetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1241

Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. ist besorgt über das sogenannte „Greengate“, bei dem es um die mögliche Verwendung von EU-Mitteln durch nichtstaatliche Organisationen zur Beeinflussung politischer Abstimmungen geht; fordert eine umfassende und transparente Untersuchung dieser Vorwürfe innerhalb der bestehenden Kontrollarbeitsgruppe sowie Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Mittel der Union ausschließlich für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden;

Or. en

Änderungsantrag 1242
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. betont, dass gesamtgesellschaftliche Ansätze zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung die Grenze zwischen zivilgesellschaftlicher Unterstützung und quasi-exekutiven Funktionen nicht verwischen dürfen; fordert Schutzmaßnahmen, um Unabhängigkeit und politische Neutralität sicherzustellen und zu verhindern, dass staatliche Stellen Zensurfunktionen an nichtstaatliche Organisationen auslagern;

Or. en

Änderungsantrag 1243
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. fordert die Kommission auf, die Mittel, die für Regierungen vorgesehen sind, die aktiv Desinformation und EU-feindliche Propaganda verbreiten, insbesondere in Serbien und Georgien, an die Zivilgesellschaft in diesen Ländern umzuleiten;

Or. en

Änderungsantrag 1244
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose, Cecilia Strada

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. betont, dass der Verhaltenskodex für Interessenvertreter einen Hinweis auf die Einhaltung der in den Verträgen festgelegten Finanzierungsgrundsätze der Europäischen Union enthalten muss;

Or. en

Änderungsantrag 1245
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. stellt mit großer Besorgnis den

allgemeinen Mangel an Transparenz und angemessener Kontrolle in den Beziehungen zwischen den Organen der EU und Nichtregierungsorganisationen fest;

Or. en

Änderungsantrag 1246
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. ist besorgt über Praktiken, die mitunter als „Schattenregulierung“ bezeichnet werden, bei denen Behörden versuchen könnten, verfassungsrechtliche und rechtliche Garantien im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit zu umgehen, indem sie die Überwachung, Moderation oder Einschränkung von Inhalten an private Einrichtungen delegieren; betont, dass jede Einschränkung der Meinungsfreiheit auf einer klaren Rechtsgrundlage beruhen, den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit entsprechen und einer wirksamen gerichtlichen Überprüfung unterliegen muss; fordert, dass keine Unionsmittel an nichtstaatliche Organisationen, einschließlich Einrichtungen, die als sogenannte vertrauenswürdige Hinweisgeber oder Faktenprüfer fungieren, zum Zwecke der Überwachung, Kennzeichnung, Herabstufung oder anderweitigen Unterdrückung rechtmäßiger Inhalte, unabhängig von deren wahrgenommener Verlässlichkeit, vergeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 1247
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. kritisiert die Verwendung von EU-Mitteln durch die Kommission zur indirekten Beeinflussung nationaler politischer Debatten durch die strategische Finanzierung von Interessenvertretungen scharf, insbesondere wenn diese Mittel dazu dienen, bestimmte politische Ergebnisse zu fördern oder Wirtschaftsakteure in den Mitgliedstaaten zu diskreditieren[1a]; fordert die Kommission auf, alle Verträge und Finanzhilfevereinbarungen mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die irgendeine Form von politischer Interessenvertretung oder Kampagnenarbeit in Bezug auf die Politik oder die Institutionen der Mitgliedstaaten beinhalten, vollständig zu veröffentlichen;

[1a] WELT, „Geheime Verträge – EU-Kommission bezahlte Aktivisten für Klimalobbyismus“, 6. Juni 2025; De Telegraaf, „Brussels betaalt lobby tegen lidstaten“, 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1248
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. fordert die Kommission auf, eine zentrale, öffentlich zugängliche EU-Datenbank einzurichten, in der alle

Zuschüsse, Verträge, weitervergebene Finanzhilfen und geförderten Projekte aufgeführt sind und die vollständigen Verträge auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1249
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40c. weist erneut darauf hin, dass die Organe der Union politisch neutrale Akteure bleiben müssen und nicht zu Trägern werden dürfen, die bestimmte politische Narrative in den demokratischen Debatten der Mitgliedstaaten prägen oder fördern; betont, dass öffentliche Mittel für Kommunikation, Interessenvertretung oder Mobilisierung von Interessengruppen nur in sehr begrenztem Umfang eingesetzt werden dürfen, wobei Pluralismus zu wahren ist, politische Ausrichtung zu vermeiden ist und höchste Standards in Bezug auf Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten sind;

Or. en

Änderungsantrag 1250
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 40 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40c. betont, dass in der Datenbank die

Namen und Verbindungen externer Sachverständiger aufgeführt werden sollten, um Interessenkonflikte zu vermeiden; betont, dass diese Transparenz für die Wahrung der Rechenschaftspflicht, der demokratischen Kontrolle und des öffentlichen Vertrauens von entscheidender Bedeutung ist, und mahnt, dass ohne sie die Gefahr besteht, dass mit EU-Mitteln bestimmte Standpunkte privilegiert und die demokratische Legitimität der Union untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 1251
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40d. weist warnend darauf hin, dass die von der Union finanzierten Mechanismen zur „Bürgerbeteiligung“, Versammlungen oder von nichtstaatlichen Organisationen vermittelte Beteiligungsmechanismen nicht als Ersatz für repräsentative demokratische Prozesse dienen sollten; fordert uneingeschränkte Transparenz hinsichtlich der Ziele, Ergebnisse, Geldgeber und Bewertungskriterien solcher Projekte sowie Schutzmaßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass öffentliche Mittel nicht dazu verwendet werden, politische Präferenzen zu beeinflussen oder den Anschein eines Konsenses zu erwecken;

Or. en

Änderungsantrag 1252
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40e. fordert Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf EU-finanzierte Projekte zur Rechtsberatung und Initiativen für strategische Rechtsstreitigkeiten, einschließlich Schutzmaßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass solche Aktivitäten nicht zu einer indirekten politischen Steuerung nationaler politischer Debatten führen;

Or. en

Änderungsantrag 1253
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 40 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40f. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass Initiativen zur Stärkung der demokratischen Resilienz nicht unbeabsichtigt zu einer Zunahme des Einflusses auf die Meinungsbildung durch öffentlich finanzierte Kommunikationsökosysteme beitragen, und Transparenz hinsichtlich der Ziele, der Finanzierung und der Verwaltung solcher Strukturen sicherzustellen; betont, dass die Initiativen der Union im Bereich Kommunikation und Resilienz nicht zu Instrumenten zur Gestaltung oder Steuerung des politischen Diskurses in den Mitgliedstaaten werden dürfen; fordert klare Garantien, um institutionelle Neutralität und Pluralismus sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1254
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass ***gemeinsame diesbezügliche Vorschriften eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr*** Transparenz ***in Bezug auf die Einflussnahme von Drittstaaten wären; fordert die gesetzgebenden Organe auf, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich abzuschließen***;	41. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen***, zur Kenntnis***; betont ***jedoch***, dass ***Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems nicht dazu missbraucht werden dürfen, die Aktivitäten der Zivilgesellschaft als solche zu stigmatisieren, und bekräftigt in diesem Sinne im Einklang mit Artikel 11 EUV, dass ein aktiver Dialog mit der Zivilgesellschaft unerlässlich ist, um einen aktiven zivilgesellschaftlichen Raum zu fördern, Rechenschaftspflicht und*** Transparenz ***sicherzustellen und politische Entscheidungsträger über bewährte Verfahren zu informieren***;

Or. en

Änderungsantrag 1255
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

41. begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr Transparenz in Bezug auf die Einflussnahme von Drittstaaten wären; fordert die gesetzgebenden Organe auf, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich abzuschließen;	41. begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr Transparenz in Bezug auf die Einflussnahme von Drittstaaten wären; fordert die gesetzgebenden Organe auf, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich abzuschließen; ***betont, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass die Einhaltung dieser Richtlinie nicht zu einer Einschränkung der Grundrechte führt;***

Or. en

Änderungsantrag 1256
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. ***begrüßt den Vorschlag der*** Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen ***wichtigen Bestandteil*** des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr Transparenz in Bezug auf die	41. ***nimmt zur Kenntnis, dass die*** Kommission ***einen Vorschlag*** für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern ***vorgelegt hat***, die einen ***Teil*** des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag einer Einrichtung aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr Transparenz in Bezug auf die

Einflussnahme von Drittstaaten ***wären***; fordert die gesetzgebenden Organe auf, ***das*** Gesetzgebungsverfahren ***unverzüglich abzuschließen***;	Einflussnahme von Drittstaaten ***darstellen sollten***; ***stellt fest, dass die Beratungen zwischen den gesetzgebenden Organen noch andauern und das Ergebnis noch nicht bekannt ist;*** fordert die gesetzgebenden Organe auf, ***dem*** Gesetzgebungsverfahren ***besondere Aufmerksamkeit zu widmen***;

Or. en

Änderungsantrag 1257
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag ***einer Einrichtung*** aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften ***eine wichtige Komponente der Schaffung von mehr*** Transparenz in Bezug auf die Einflussnahme von Drittstaaten ***wären***; fordert die gesetzgebenden Organe auf, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich abzuschließen;	41. begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, die einen wichtigen Bestandteil des Pakets zur Verteidigung der Demokratie darstellt und mit der harmonisierte Anforderungen für Wirtschaftstätigkeiten im Zusammenhang mit der Interessenvertretung im Auftrag ***von Einrichtungen*** aus Drittländern festgelegt werden sollen; betont, dass gemeinsame diesbezügliche Vorschriften ***zur Rechenschaftspflicht und zum Vertrauen in die Entscheidungsfindung der EU beitragen werden, indem sie*** Transparenz in Bezug auf die Einflussnahme von Drittstaaten ***unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte schaffen***; fordert die gesetzgebenden Organe auf, das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich abzuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 1258
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. ist zutiefst besorgt darüber, dass in bestimmten Fällen die der Kommission zugewiesenen Mittel für nichtstaatliche Organisationen bewusst instrumentalisiert wurden, um den Eindruck eines gesellschaftlichen Konsenses über bestimmte politische Initiativen zu erwecken, wodurch die Transparenz untergraben und die Glaubwürdigkeit und Integrität des politischen Entscheidungsprozesses der EU potenziell beeinträchtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1259
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. betont, dass Einmischung aus dem Ausland nicht ausschließlich über digitale Plattformen oder verdeckte Online-Kampagnen erfolgt, sondern auch über institutionalisierte, langfristige Strukturen, einschließlich religiöser oder gemeinnütziger Organisationen, die organisch mit staatlichen Behörden von Drittländern verbunden sind;

Or. en

Änderungsantrag 1260
Pina Picierno

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. fordert die Kommission auf, sich nach Möglichkeit nicht nur mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, sondern auch mit zuverlässigen nationalen Behörden oder anerkannten Organisationen der Zivilgesellschaft aus Drittländern in Verbindung zu setzen, die sich für die Bekämpfung von Desinformation und Manipulation von Informationen einsetzen;

Or. en

Änderungsantrag 1261
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41b. stellt fest, dass in mehreren Mitgliedstaaten religiöse Vereinigungen tätig sind, deren Personal, Finanzierung und Organisationsstrukturen in direktem Zusammenhang mit Behörden eines Drittlandes stehen und von diesen abhängig sein können, wodurch möglicherweise dauerhafte Einflusskanäle entstehen; weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Organisation religiöser Angelegenheiten gemäß Artikel 4 Absatz 2 EUV in erster Linie bei den Mitgliedstaaten verbleibt;

Or. en

Änderungsantrag 1262

Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41c. stellt fest, dass die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB) in Deutschland strukturelle Verbindungen zum türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) unterhält, einschließlich der Entsendung, Vergütung und Beaufsichtigung von Imamen als Beamte des türkischen Staates, was Fragen hinsichtlich der Einflussnahme eines ausländischen Staates auf Teile einer Diasporagemeinschaft aufwirft;

Or. en

Änderungsantrag 1263
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41d. fordert mehr Transparenz hinsichtlich der Finanzierung religiöser und gemeinnütziger Organisationen aus dem Ausland, einschließlich der Offenlegung von Quellen, Vermittlern und wirtschaftlicher Kontrolle, wobei die Grundrechte uneingeschränkt zu wahren sind und eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten stattfinden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1264
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41e. ist besorgt darüber, dass mit dem Ausland verbundene Organisationen, darunter auch chinesische staatlich organisierte, nichtstaatliche Organisationen, an Konsultationen auf EU-Ebene, zivilgesellschaftlichen Plattformen und finanzierten Projekten teilnehmen können, ohne ihre strukturellen, finanziellen oder führungsbezogenen Verbindungen zu ausländischen Regierungen oder Regierungsparteien angemessen offenzulegen; fordert die Kommission auf, alle EU-Mittel, die direkt oder indirekt an Organisationen mit Verbindungen zu ausländischen staatlichen Stellen vergeben wurden, unter Angabe der Programme, Beträge und Ziele in einer konsolidierten Übersicht zu veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 1265
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41f. erkennt die Bedeutung fortschrittlicher Fähigkeiten im Bereich Datenerfassung und offene Informationsgewinnung für die Aufdeckung von Mustern ausländischer Einflussnahme, die in komplexen Unternehmens- und Forschungsnetzwerken verborgen sind, an; fordert die Mitgliedstaaten auf, strukturierte Methoden der offenen

Informationsgewinnung systematisch in die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, Entscheidungen zur Ausfuhrkontrolle und Bewertungen der Forschungszusammenarbeit einzubeziehen und dabei zu vermeiden, dass sensible Funktionen der nationalen Sicherheit übermäßig zentralisiert werden;

Or. en

Änderungsantrag 1266
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 41 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41g. lehnt die Unterstützung der Resilienz in Bewerberländern und Nachbarstaaten ab; betont, dass die EU bei jeglicher Einmischung die verfassungsmäßige Ordnung und die demokratische Selbstbestimmung der Länder respektieren muss; fordert Transparenz und strenge Beschränkungen für alle mit der EU verbundenen „gezielten Interventionen“ oder Koordinierungsmechanismen während Wahlperioden, die sich auf das Informationsumfeld von Drittländern auswirken, sowie klare Rechtsgrundlagen und eine klare Aufsicht für solche Tätigkeiten;

Or. en

Änderungsantrag 1267
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen als äußerst wichtig; appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten für eine klare und wirksame Kommunikation über die Initiativen, die sie zur Förderung und Ausweitung der Nutzung ihrer Instrumente zur Bürgerbeteiligung erarbeitet, zu sorgen; begrüßt, dass die Kommission diese Instrumente – insbesondere die Europäische Bürgerinitiative, die europäischen Bürgerforen und die Plattform für Bürgerbeteiligung – stärkt und vorgeschlagen hat, das Netz der nationalen Behörden für die Bürgerbeteiligung auszubauen;	42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen***, insbesondere die Beteiligung junger Menschen,*** als äußerst wichtig; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich über die digitale Kompetenz hinaus zu engagieren und neue Formen der demokratischen Teilhabe zu fördern, die an die digitalen Gewohnheiten der jüngeren Generationen angepasst sind; betont, dass bei der Entwicklung von Instrumenten und Plattformen für die demokratische Teilhabe auf junge Menschen ausgerichtete Ansätze erforderlich sind; fordert verstärkte Investitionen in Programme zur politischen Bildung junger Menschen, bei denen Medienkompetenz mit praktischer Beteiligung an demokratischen Prozessen kombiniert wird;*** appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten für eine klare und wirksame Kommunikation über die Initiativen, die sie zur Förderung und Ausweitung der Nutzung ihrer Instrumente zur Bürgerbeteiligung erarbeitet, zu sorgen; begrüßt, dass die Kommission diese Instrumente – insbesondere die Europäische Bürgerinitiative, die europäischen Bürgerforen und die Plattform für Bürgerbeteiligung – stärkt und vorgeschlagen hat, das Netz der nationalen Behörden für die Bürgerbeteiligung auszubauen;

Or. en

Änderungsantrag 1268
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen als äußerst wichtig; appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ***für eine klare und wirksame Kommunikation über die Initiativen, die sie zur Förderung und Ausweitung der Nutzung ihrer Instrumente zur Bürgerbeteiligung erarbeitet,*** zu sorgen; ***begrüßt, dass die Kommission diese Instrumente – insbesondere die Europäische Bürgerinitiative, die europäischen Bürgerforen und die Plattform für Bürgerbeteiligung – stärkt und vorgeschlagen hat, das Netz der nationalen Behörden für die Bürgerbeteiligung auszubauen;***	42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen als äußerst wichtig; appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ***dafür*** zu sorgen***, dass die Öffentlichkeit und die Unternehmen für ausländische Einmischung sensibilisiert werden***;

Or. en

Änderungsantrag 1269
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen als äußerst wichtig; appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten für eine klare und wirksame Kommunikation über die Initiativen, die sie zur Förderung und Ausweitung der Nutzung ihrer Instrumente zur Bürgerbeteiligung erarbeitet, zu sorgen; begrüßt, dass die Kommission diese Instrumente – insbesondere die Europäische Bürgerinitiative, die europäischen Bürgerforen und die Plattform für Bürgerbeteiligung – stärkt ***und vorgeschlagen hat***, das Netz der	42. erachtet die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen als äußerst wichtig; appelliert an die Kommission, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten für eine klare und wirksame Kommunikation über die Initiativen, die sie zur Förderung und Ausweitung der Nutzung ihrer Instrumente zur Bürgerbeteiligung erarbeitet, zu sorgen; begrüßt, dass die Kommission diese Instrumente – insbesondere die Europäische Bürgerinitiative, die europäischen Bürgerforen und die Plattform für Bürgerbeteiligung – stärkt***; betont, dass solche Instrumente weiterhin***

nationalen Behörden für die Bürgerbeteiligung auszubauen;	***die repräsentative Demokratie ergänzen sollten und nationale demokratische Prozesse oder gewählte Institutionen nicht ersetzt oder umgangen werden dürfen; weist darauf hin, dass die Hauptverantwortung für die Bürgerbeteiligung bei den Mitgliedstaaten liegt; begrüßt den Vorschlag***, das Netz der nationalen Behörden für die Bürgerbeteiligung auszubauen;

Or. en

Änderungsantrag 1270
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. nimmt besorgt die von mehreren nationalen Behörden und unabhängigen Studien dokumentierten Erkenntnisse über die Aktivitäten von Organisationen und Netzwerken, die mit der Muslimbruderschaft in bestimmten Mitgliedstaaten in Verbindung stehen, zur Kenntnis, insbesondere im Hinblick auf die Risiken politischer Einflussnahme, von Unterwanderung und der Verbreitung ideologischer Narrative, die mit demokratischen Werten unvereinbar sind; betont, dass die Transparenz, die Überwachung und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie verstärkt werden müssen, um eine unzulässige Einflussnahme auf öffentliche Institutionen, Bildungssysteme und zivilgesellschaftliche Strukturen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1271
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. betont, dass junge Menschen besonders anfällig für Desinformation und Manipulation in den sozialen Medien sind, gleichzeitig aber eine wichtige Säule für die Zukunft der europäischen Demokratie darstellen; fordert verstärkte Anstrengungen zur Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit, indem junge Menschen gezielt angesprochen werden, und zwar durch Programme zur Förderung der Medien- und Digitalkompetenz mit einem starken Fokus auf Desinformation und Einmischung aus dem Ausland sowie durch die Unterstützung von Initiativen für bürgerschaftliches Engagement und Faktenprüfung, die von jungen Menschen getragen werden, auch auf lokaler und regionaler Ebene;

Or. en

Änderungsantrag 1272
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. begrüßt die fortlaufenden Bemühungen der Kommission zur Förderung der Bürgerbeteiligung und demokratischer Innovationen, darunter die Plattform für Bürgerbeteiligung; betont jedoch, dass barrierefreie, benutzerfreundliche und mehrsprachige digitale Instrumente zur Bürgerbeteiligung, mit denen die

Bürgerinnen und Bürger in großem Umfang erreicht werden können, weiterentwickelt und eingesetzt werden müssen, um die Beteiligungsquoten zu erhöhen, die Beteiligungsprofile zu diversifizieren und sicherzustellen, dass die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger in sinnvoller Weise in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen;

Or. en

Änderungsantrag 1273
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. betont, dass digitale öffentliche Güter grundlegend zur Integrität der Wissensinfrastruktur der EU beitragen und gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger, darunter junge Menschen, Minderheiten und marginalisierte Gruppen, zu einer sinnvollen demokratischen Teilhabe befähigen, und fordert die Kommission auf, dies anzuerkennen und die Nutzung digitaler öffentlicher Güter als Bausteine für eine souveräne und widerstandsfähige digitale Infrastruktur der EU zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 1274
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. betont, dass die Gebiete in

äußerster Randlage der EU und die überseeischen Länder und Gebiete besonders anfällig für hybride Angriffe, beispielsweise auf Infrastrukturen, über die sie mit den Mitgliedstaaten und dem Rest der Welt verbunden sind, sowie für ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sind; verurteilt in diesem Sinne die Einmischung, die sich gegen Neukaledonien und Grönland richtet; ist der Ansicht, dass bei allen Rechtsvorschriften und Projekten im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung deren spezifische Situation und Zwänge berücksichtigt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1275
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 42 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42b. betont, dass die akademische Freiheit, einschließlich der Freiheit der Forschung, Lehre und wissenschaftlichen Meinungsäußerung, eine tragende Säule demokratischer Gesellschaften und ein wesentlicher Bestandteil des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie darstellt; betont, dass unabhängige akademische Einrichtungen und Forscher eine entscheidende Rolle dabei spielen, zuverlässiges Wissen zu generieren, Desinformation aufzudecken, hybride Bedrohungen zu analysieren und eine evidenzbasierte Politikgestaltung zu ermöglichen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Schutz vor politischer oder ausländischer Einflussnahme auf die akademische

Arbeit zu verstärken, Forscher vor Einschüchterung oder unzulässigem Druck zu schützen und die grenzüberschreitende wissenschaftliche Zusammenarbeit und den grenzüberschreitenden Datenzugang zu unterstützen, um sicherzustellen, dass Hochschulen und Forschungszentren in vollem Umfang zur gesellschaftlichen Resilienz, zur Innovation und zur Verteidigung demokratischer Werte beitragen können;

Or. en

Änderungsantrag 1276
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 42 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42b. betont, dass das bürgerschaftliche Engagement der Diaspora, die Medienkompetenz und die digitalen Kompetenzen, die auf die Informationsökosysteme der Diaspora zugeschnitten sind, stärker gefördert werden müssen; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz unter Einbeziehung der Diaspora in den Europäischen Schutzschild für die Demokratie aufzunehmen, darunter gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen, strategische Kommunikation, Forschungszusammenarbeit und ein verstärkter Dialog mit Akteuren der Diaspora, um die demokratische Teilhabe sicherzustellen, die Grundrechte zu schützen und dafür zu sorgen, dass bei den Bemühungen der EU zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung das Wissen und die

Netzwerke der Diaspora-Gemeinschaften genutzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1277
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 42 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42c. stellt fest, dass Versuche der Destabilisierung nicht ausschließlich im digitalen Bereich stattfinden, sondern auch in Form von symbolischen oder einschüchternden Aktionen im physischen öffentlichen Raum erfolgen können – darunter die Zurschaustellung provokativer Bilder, Vandalismus oder gezielte Handlungen, mit denen Spannungen geschürt oder bestimmte Gemeinschaften stigmatisiert werden sollen –, die darauf abzielen, soziale Spaltungen zu verstärken, Angst zu schüren und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 1278
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur	43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur

ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; ***fordert*** solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren;

ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; ***weist erneut darauf hin, dass solche hybriden Aktivitäten Sabotageakte auf dem Hoheitsgebiet der EU umfassten, darunter die Explosion von Munitionsdepots in Vrbětice (Tschechien) im Jahr 2014, die von den nationalen Behörden als staatlich geförderte Operation unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts eingestuft wurde, oder die Explosion, mit der die Eisenbahnstrecke zwischen Lublin und Warschau in Mika (Polen) im Jahr 2025 gesprengt werden sollte, und betont, dass*** solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren***, erforderlich sind und über EU-Agenturen (z. B. Frontex) zum Schutz grenzüberschreitender kritischer Infrastrukturen sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Seehafen-, Flughafen- und Landgrenzbehörden beigetragen werden muss, um gemeinsame Schwachstellenanalysen zu verbessern***;

Or. en

Änderungsantrag 1279
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und	43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und

eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren;	eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren; ***unterstreicht, dass eine gemeinsame Definition für kritische Infrastrukturen auf EU-Ebene festgelegt werden muss, da dieser Begriff von den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt wird; ist der Ansicht, dass ein harmonisierter europäischer Rahmen die Synergie zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten fördern, eine wirksame Zusammenarbeit ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken würde;***

Or. fr

Änderungsantrag 1280
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren;	43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und digitalen Sabotageakten gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert solide Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren; ***hebt das Risiko hervor, das mit der Kontrolle wesentlicher Infrastrukturen durch ausländische Akteure verbunden ist, darunter Kommunikationsinfrastrukturen, digitale Infrastrukturen, Seekabel, Energieinfrastrukturen, Verkehrsknotenpunkte, Krankenhäuser und öffentliche***

Dienstleistungsinfrastrukturen;

Or. en

Änderungsantrag 1281
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und ***digitalen Sabotageakten*** gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert ***solide*** Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren;	43. vertritt den Standpunkt, dass der Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor physischen und ***Cybersabotageakten*** gegen kritische Infrastruktur ein wesentlicher Aspekt der Wahrung der demokratischen Resilienz ist; fordert ***eine proaktive Strategie zur Abwehr von Bedrohungen, die Einführung solider*** Präventivmaßnahmen, eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine verbesserte Fähigkeit der EU, derartige feindselige Aktivitäten aufzudecken, zu verhindern und auf sie zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 1282
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	43a. betont, dass die meisten Mitgliedstaaten der EU ihre nationalen Sicherheitsstrategien überarbeitet haben, um umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen aufzunehmen; stellt fest, dass solche Bedrohungen nicht auf das Hoheitsgebiet

eines einzelnen Mitgliedstaats beschränkt sind und dass aufgrund ihres grenzüberschreitenden, vernetzten und multidimensionalen Charakters, einschließlich Cyberangriffen, Desinformation, Einflussnahme und Schwachstellen kritischer Infrastrukturen, für eine wirksame Reaktion eine verstärkte Zusammenarbeit, ein systematischer Informationsaustausch und koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind; fordert, dass der nächste MFR zweckgebundene Mittel für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen umfasst, um Maßnahmen wie glaubensbasierte Diplomatie, Medien- und Informationskompetenzkampagnen sowie praktische Instrumente zur Verhinderung von reflexiver Kontrolle, Manipulation und anderen Formen verdeckter Einflussnahme auf Gesellschaften und demokratische Prozesse zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 1283
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu	44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; ***verurteilt ferner hybride Angriffe in all ihren Formen, einschließlich Cyberangriffen, elektronischer Störung***

reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;

wie gezielte Störung (Jamming) und Fälschung von GPS-Signalen (Spoofing), Sabotage von Energie-, Telekommunikations- und Seekabelinfrastrukturen sowie koordinierten physischen oder digitalen Aktionen, mit denen wesentliche öffentliche Dienste und demokratische Prozesse gestört werden sollen; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1284
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;	44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte***, Industriecluster*** und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eng mit der Ukraine zusammenzuarbeiten und deren umfangreiche Erfahrungen bei der Erkennung und dem Abfangen***

russischer Drohnen zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 1285
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das ***insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende*** Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, ***koordiniert, geeint und*** angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren***, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen***;	44. verurteilt aufs Schärfste das Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, angemessen ***und verhältnismäßig*** auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 1286
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das ***insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und*** oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in	44. verurteilt aufs Schärfste das oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die

der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren***, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen***;	Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 1287
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;	44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie ***die Grenzschutzinfrastruktur der EU,*** zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1288
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen***;	44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; ***mahnt zur Vorsicht bei der Berichterstattung und Zuordnung mutmaßlicher Drohnenangriffe, um Fehlalarme zu vermeiden und das Risiko einer unangemessenen Eskalation zu mindern***;

Or. en

Änderungsantrag 1289
Jaroslav Bžoch

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das ***insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und*** oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von ***Flugzeugen,*** Drohnen ***und anderen Fluggeräten***, die eine Bedrohung darstellen;	44. verurteilt aufs Schärfste das oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Drohnen, die eine Bedrohung darstellen; ***betont, dass Konflikte auf diplomatischem Wege und unter vollständiger Achtung des Völkerrechts gelöst werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1290
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;	44. verurteilt aufs Schärfste das insbesondere von Russland und Belarus ausgehende und oft zu Eskalationen führende Eindringen von unter anderem Drohen in den Luftraum, das kritische Infrastruktur wie zivile Flughäfen, Militärstützpunkte***, Häfen*** und Energieanlagen in der gesamten EU und deren Störung zum Ziel hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, koordiniert, geeint und angemessen auf jede Verletzung ihres Luftraums zu reagieren, unter anderem durch den Abschuss von Flugzeugen, Drohnen und anderen Fluggeräten, die eine Bedrohung darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1291
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. verurteilt nachdrücklich alle Angriffe auf kritische Infrastruktur, insbesondere auf die Eisenbahninfrastruktur, die das Leben und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gefährden; weist erneut auf den beispiellosen Sabotageakt hin, der sich gegen die polnische Eisenbahninfrastruktur auf der strategisch wichtigen Strecke Warschau–Lublin richtete und eine Eisenbahnkatastrophe mit

möglicherweise zahlreichen Todesopfern zur Folge haben sollte; stellt fest, dass die mutmaßlichen Täter von den polnischen Behörden ermittelt worden sind; fordert die belarussischen Behörden auf, uneingeschränkt mit den polnischen und internationalen Ermittlungsbehörden zusammenzuarbeiten, alle einschlägigen Informationen unverzüglich weiterzugeben und die wirksame Strafverfolgung und/oder Auslieferung der Verdächtigen sicherzustellen, damit alle Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1292
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. fordert eine verstärkte Unterstützung der EU zur Verbesserung der Cybersicherheit und des Schutzes kritischer Infrastrukturen in der Schwarzmeerregion, einschließlich Energienetzen, Häfen, Seekabeln und digitaler Infrastruktur, vor Cyberangriffen und Sabotage; betont, wie wichtig gemeinsame Übungen, Kapazitätsaufbau und technische Hilfe für Partnerländer sind, die anhaltendem hybridem Druck ausgesetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1293
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44b. verurteilt die Beteiligung kubanischer Staatsbürger an Angriffen auf kritische Infrastruktur sowie ihre Sabotageakte, die kürzlich in Litauen stattfanden;

Or. en

Änderungsantrag 1294
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten Russlands gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen Russlands angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden Aktivitäten Moskaus abzielen, zu bewerten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1295
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten Russlands gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen Russlands angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden Aktivitäten Moskaus abzielen, zu bewerten;	45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten Russlands gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen Russlands angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden Aktivitäten Moskaus abzielen, zu bewerten; ***unterstreicht, dass die Ukraine über umfangreiche Erfahrungen in Bezug auf die Schwächung der russischen Fähigkeiten verfügt und dass die Unterstützung der Ukraine bei diesen Maßnahmen beschleunigt werden muss; stellt fest, dass Russland anfällig für Cyberangriffe ist, wie der schwerwiegende Hackerangriff auf die russische Fluggesellschaft Aeroflot durch Cyber Partisans BY gezeigt hat;***

Or. en

Änderungsantrag 1296
Jaroslav Bžoch

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten ***Russlands*** gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen ***Russlands*** angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden Aktivitäten ***Moskaus*** abzielen, zu bewerten;	45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten ***von Drittländern*** gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen ***von Drittländern*** angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss***, wobei das Völkerrecht uneingeschränkt einzuhalten ist und dies weder einen militärischen Angriff auf einen Mitgliedstaat provozieren oder darstellen noch zum Ausbruch eines bewaffneten Konflikts auf dem Gebiet der EU führen darf***; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden Aktivitäten ***von Drittländern*** abzielen, zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 1297
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten Russlands gegen die EU ***staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn*** die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ***ist***; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur ***Terrorismusbekämpfung auf die*** feindseligen Handlungen Russlands angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; ***betont, dass die EU dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss;*** fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige ***Offensivmaßnahmen, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter den destabilisierenden*** Aktivitäten Moskaus ***abzielen,*** zu bewerten;	45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten Russlands gegen die EU die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ***haben***; hebt daher hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur ***Bekämpfung der*** feindseligen Handlungen Russlands angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für ***angemessene und*** verhältnismäßige ***Maßnahmen zur Bekämpfung der destabilisierenden*** Aktivitäten Moskaus zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 1298
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten ***Russlands*** gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher hervor, dass	45. betont, dass mehrere hybride Aktivitäten ***ausgehend von Drittländern*** gegen die EU staatlich gefördertem Terrorismus gleichkommen, auch wenn die Schwelle zu einem bewaffneten Angriff noch nicht überschritten ist; hebt daher

die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen ***Russlands*** angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die ***EU*** dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige ***Offensivmaßnahmen***, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter ***den*** destabilisierenden Aktivitäten ***Moskaus*** abzielen, zu bewerten;	hervor, dass die verfügbaren rechtlichen Rahmenregelungen zur Terrorismusbekämpfung auf die feindseligen Handlungen ***von Drittländern*** angewandt werden müssen, zumal diese die territoriale Unversehrtheit der EU-Mitgliedstaaten verletzen, die Integrität ihrer Institutionen schwächen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung unmittelbar gefährden; betont, dass die ***Mitgliedstaaten*** dringend von einem Verteidigungsmodus zur aktiven Abschreckung übergehen muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den rechtlichen und operativen Rahmen für verhältnismäßige ***Maßnahmen***, die auf die logistische und digitale Infrastruktur hinter ***jeglichen*** destabilisierenden Aktivitäten abzielen, zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 1299
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“	***entfällt***

ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1300
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter ***verbessert*** werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee ***und der Nordsee***, zu sorgen***, sowie deren wirksame Kriminalisierung und Abschreckung sicherzustellen***; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich am Beispiel Australiens zu orientieren, das sogenannte Kabelschutzzonen eingerichtet hat, rechtliche Schutzmaßnahmen ergriffen und die Beschädigung von Seekabeln außerhalb der Hoheitsgewässergrenze von 12 Seemeilen unter Strafe gestellt hat, begleitet von einer aktiven Überwachung, Beobachtung und Reaktion in Zusammenarbeit mit den zuständigen Partnern aus Drittländern in der Ostsee und der Nordsee;*** ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter ***verstärkt*** werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; ***fordert die Kommission auf, die***

Nutzung des Mandats der Sicherheitsinitiative zur Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (PSI) zu prüfen, um an Bord von Schiffen zu gehen, die mit solchen Schattenflotten in Verbindung stehen, und fordert die Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF) auf, eine aktivere Rolle bei der Überprüfung der Flaggenregister-Governance im Rahmen ihrer gegenseitigen Bewertung und ihrer Verfahren zur Aufnahme in die Graue Liste zu übernehmen; unterstreicht, dass zur ***wirksamen*** Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1301
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; ***bekräftigt seine Forderung nach der***

Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	***Einrichtung europäischer Plattformen für maritime Sicherheit im Schwarzen Meer, in der Nordsee und in der Ostsee als vorrangige Maßnahme als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und hebt hervor, dass solche Zentren die maritime Lageerfassung verbessern, eine Echtzeitüberwachung vom Weltraum bis zum Meeresboden ermöglichen und die Frühwarnkapazitäten sowie die Reaktionen auf die zunehmende Bedrohung durch die russische Schattenflotte stärken sollten, während gleichzeitig für die Sicherheit der Handelswege Sorge getragen wird;*** unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1302
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; ***betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“***	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann;

ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1303
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ***weist erneut darauf hin, dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen zum Zweck der Förderung der friedlichen Nutzung der Meere und Ozeane sowie zum Schutz der Meeresumwelt in internationalen Gewässern geschlossen wurde;*** ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene ***in Abstimmung mit der NATO-Operation „Baltic Sentry“*** weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1304
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten***, Verletzungen von Hoheitsrechten*** und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee ***und im östlichen Mittelmeer***, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ***und der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei)*** ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1305
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die	46. fordert die Kommission und die

Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ***verurteilt in diesem Zusammenhang jegliche Angriffe auf Seekabel und -verbindungen;*** ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;
	Or. en

Änderungsantrag 1306
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ***einschließlich ihrer Agenturen*** ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss,

russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1307
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf ***hybride*** Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU, insbesondere in der Ostsee, zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1308
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU***, insbesondere in der Ostsee,*** zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;	46. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) durch die EU zu begründen, um für ein koordiniertes Vorgehen gegen hybride Aktivitäten und Sabotage in den Meeresgebieten der EU zu sorgen; ist der Ansicht, dass die grenzübergreifende Koordinierung sowohl auf operativer als auch auf finanzieller Ebene weiter verbessert werden kann; betont, dass die EU ihre Reaktion auf hybride Bedrohungen in Meeresgebieten verstärken muss, einschließlich solcher, die von der russischen „Schattenflotte“ ausgehen; unterstreicht, dass zur Bewältigung dieser Herausforderungen zweckgebundene und ausreichende EU-Mittel notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1309
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unverzüglich eine proaktive Eskalationsstrategie zu erarbeiten, um auf Bedrohungen zu reagieren, die sich gegen die territoriale, digitale, finanzielle oder wirtschaftliche Souveränität Europas, einschließlich der zugrunde liegenden kritischen Infrastruktur, richten; betont, dass eine solche Strategie es ermöglichen muss, ausländische Akteure schnell und wirksam davon abzuhalten, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen, indem das gesamte Repertoire an

Gegenmaßnahmen der Union genutzt wird; erachtet den Mechanismus zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen als das geeignetste Mittel, um die Stärken der EU in dieser Hinsicht zu nutzen; betont, dass der Mechanismus nicht als letztes Mittel eingesetzt werden sollte, sondern als Rechtsgrundlage, um gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern schnell und wirksam auf wirtschaftlichen Zwang reagieren zu können und so die abschreckende Wirkung gegenseitig zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1310
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. begrüßt die Empfehlung der Kommission über sichere und resiliente Seekabelinfrastrukturen und den EU-Aktionsplan für Kabelsicherheit; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Interessengruppen die Umsetzung zu beschleunigen, einschließlich i) der Erfassung bestehender und geplanter Kabelinfrastrukturen, ii) koordinierter Methoden zur Risikobewertung und Stresstests, iii) der Einführung eines Instrumentariums für die Sicherheit von Kabeln mit Abhilfemaßnahmen und iv) der Stärkung der Kapazitäten für die Reaktion auf Vorfälle und deren Behebung, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Partnern;

Or. en

Änderungsantrag 1311
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. bekräftigt erneut die Umweltrisiken der russischen Schattenflotte, die hauptsächlich aus stillgelegten Öltankern besteht, die außerhalb des internationalen Versicherungssystems verkehren; stellt fest, dass im Falle einer Havarie die Kosten für die Säuberung und die Haftung eher den Küstenstaaten als den Schiffseignern zufallen werden; fordert die Kommission auf, in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten zu verhindern, dass die Flotte in europäische Gewässer eindringt, und häufige und sorgfältige Kontrollen durchzuführen, um sicherzustellen, dass keine Rechtsvorschriften verletzt werden und keine Gefahr besteht;

Or. en

Änderungsantrag 1312
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 46 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Engpässe bei der Reparatur und Instandsetzung zu beseitigen, indem sie die Bereitstellung von modularen Reparaturgeräten, strategische Lagerbestände an wichtigen

Ersatzteilen in Hochrisikogebieten und mittelfristig eine Erhöhung der Schiffskapazitäten sowie koordinierte Vertragsvereinbarungen für die Notreparatur von Kabelsystemen im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für Kabelsicherheit unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 1313
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; ***betont, dass eine konsequente Durchsetzung des EU-Rechts im digitalen Bereich in Verbindung mit nachhaltigen Investitionen in die europäische digitale Infrastruktur und Plattformen unerlässlich ist, um eine echte digitale Autonomie und Souveränität Europas zu erreichen und sicherzustellen, dass die Regeln für den öffentlichen Online-Raum in Europa in Europa festgelegt und durchgesetzt werden;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API)

Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 1314
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle***, einschließlich der Dominanz amerikanischer Big-Tech-Unternehmen,*** bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***dringend eine ehrgeizige und umfassende Agenda für Souveränität voranzutreiben, in der klare Resilienzstandards und -kriterien für die Entwicklung oder Beschaffung von***

ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Technologie oder digitaler Infrastruktur festgelegt sind, und eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 1315
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für ***Demokratie, Freiheit und*** Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für ***die*** Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API)

Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden***, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen***;

basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 1316
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, ***Zahlungsmitteln,*** Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen***; bedauert, dass sich die Kommission weigert, europäischen Anbietern von Cloud-Diensten eine Zertifizierung zu gewähren, die ein Höchstmaß an Schutz für strategische Daten gewährleistet***; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit

zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Or. fr

Änderungsantrag 1317
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen ***digitalen Plattformen*** und ***Diensten***, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen***, insbesondere von Big-Tech-Unternehmen aus den USA***, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen ***Online-Plattformen*** und ***-Diensten***, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***kurzfristig und unverzüglich*** eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API)

Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;	basierenden Ökosystem der EU als Unterbau ***und Priorität für die strategische Unabhängigkeit der EU*** einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 1318
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und ***verschiedenen*** digitalen Plattformen und Diensten***, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen***; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als***	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und digitalen Plattformen***; betont, dass Risiken im Zusammenhang mit strategischen und sensiblen vernetzten Hardware- und Softwarekomponenten, die für Fernzugriff, Datenübertragung oder Systemsteuerung geeignet sind und aus Drittländern mit hohem Risiko stammen, angegangen werden müssen; weist darauf hin, dass solche Komponenten in bestimmten Fällen, darunter auch in China, aufgrund staatlich geförderter, nicht marktwirtschaftlicher Praktiken zu***

Unterbau einzurichten, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;	***künstlich niedrigen und nicht wettbewerbsfähigen Preisen auf den Markt der Union gebracht werden, wodurch der Wettbewerb verzerrt wird und langfristige strategische Abhängigkeiten entstehen***; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***sichere, in der EU angesiedelte und in der EU hergestellte Alternativen zu fördern und dafür zu sorgen, dass unlautere Marktpraktiken, die die Sicherheit, Resilienz und technologische Souveränität der Union untergraben, durch Regulierungs-, Handels- und Wettbewerbsrahmen wirksam verhindert werden***;

Or. en

Änderungsantrag 1319
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem	47. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die allesamt ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau einzurichten, indem

ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit ***sauberer*** Energie zu Nutze zu machen;	ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit Energie zu Nutze zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 1320
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. ***nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis***, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die ***allesamt*** ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau ***einzurichten***, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen	47. ***betont nachdrücklich***, dass bei der digitalen Infrastruktur der EU strukturelle Abhängigkeiten durch Marktkonzentration und ausländische Kontrolle bestehen, unter anderem bezüglich Betriebssystemen, Rechenzentren, Halbleitern, KI, Cybersicherheit, Cloud-Computing und verschiedenen digitalen Plattformen und Diensten, die ein hohes Risiko für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bergen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine souveräne digitale Infrastruktur der EU mit Technologien, mit denen die Privatsphäre gewahrt bleibt, und einem auf Programmierschnittstellen (API) basierenden Ökosystem der EU als Unterbau ***zu unterstützen***, indem ambitionierte, zielgerichtete Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen in EU-

zur Steigerung der Investitionen in EU-Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;	Unternehmen und von deren Marktanteil ergriffen werden, und sich beim Aufbau von Rechenzentren und Cloud-Infrastruktur – unter anderem durch marktorientierte Initiativen wie Joint Ventures oder dem Verbund aus Netzwerken in Bereichen wie KI-Gigafabriken oder Cloud-Dienste – die europäische Versorgung mit sauberer Energie zu Nutze zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 1321
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. betont, dass strategische Abhängigkeiten im Bereich kritischer digitaler und technologischer Infrastrukturen sowohl die demokratische Resilienz als auch die Sicherheit Europas untergraben; fordert die Kommission auf, den Abbau von Abhängigkeiten und den Aufbau europäischer industrieller Kapazitäten systematisch in die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 1322
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;	48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; ***unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass unabhängige europäische Kapazitäten aufgebaut werden müssen und eine übermäßige Abhängigkeit von Technologieanbietern außerhalb der Union bei wesentlichen digitalen Infrastrukturen und Sicherheitsinfrastrukturen vermieden werden sollte;*** hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1323
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss,	48. betont, dass für eine stärkere Integration ***und strategische Koordinierung*** zwischen ***dem Aufbau von*** digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und

um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur ***mit doppeltem Verwendungszweck*** wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;	Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass ***verteilte*** Infrastruktur wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts ***von Naturkatastrophen,*** hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1324
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz	48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz

weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen ***und diese der Ukraine und Taiwan zur Verfügung zu stellen***;

Or. en

Änderungsantrag 1325
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;	48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit***, Informationsmanipulation, Grenzmanagement*** und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1326

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;	48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit***,*** ***Informationsmanipulation*** und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1327
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit	48. betont, dass für eine stärkere Integration zwischen digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und Verteidigungspolitik gesorgt werden muss, um die strategische Autonomie der EU voranzubringen, und dass Infrastruktur mit

doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;	doppeltem Verwendungszweck wie resiliente Rechenzentren, die verstreut auf dem Gebiet der EU bestehen, wirksam eingesetzt werden müssen, um die Betriebskontinuität angesichts hybrider oder kriegsbedingter Bedrohungen sicherzustellen; hebt ferner hervor, dass die Investitionen in militärische Mobilität und sichere Kommunikationswege erhöht werden müssen, unter anderem in den dringlichen und vorrangigen Einsatz ***von Gigabit-Netzen und*** weltraumgestützter Fähigkeiten wie IRIS², um verschlüsselte Dienste für die öffentliche Nutzung und für Verteidigungszwecke bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1328
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 48 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	48a. betont, dass mehr in sichere, interoperable und ausfallsichere Systeme für den Informationsaustausch und lokale Rechenzentren investiert werden muss; betont, dass solche Investitionen unerlässlich sind, um eine schnellere und zuverlässigere Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden auf nationaler und EU-Ebene zu gewährleisten, den Schutz vor Cyberangriffen und Datenschutzverletzungen zu stärken und die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit sensibler Daten sicherzustellen, unter anderem durch verbesserte Cybersicherheitskapazitäten und eine moderne digitale Infrastruktur der EU;

Or. en

Änderungsantrag 1329
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 48 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	48a. betont, dass das Europäische Schutzschild für die Demokratie eng mit den Initiativen der EU im Bereich Verteidigung und Vorsorge, einschließlich des Strategischen Kompasses, der Initiative „Bereitschaft 2030“ und einschlägigen Programmen der Verteidigungsindustrie, abgestimmt werden sollte, um die Kohärenz zwischen ziviler Resilienz, Verteidigungsbereitschaft und strategischer Autonomie zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1330
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 48 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	48a. ist der Ansicht, dass Redundanzen für die Gewährleistung der Betriebs- und Kommunikationssicherheit von entscheidender Bedeutung sind, beispielsweise bei bodengestützten sicheren Kommunikationssystemen oder Trägheitsnavigationseinheiten;

Or. en

Änderungsantrag 1331
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 48 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	48b. ist der Ansicht, dass alle Maßnahmen im Bereich der Mobilität auch die zivilen Rettungsdienste der Mitgliedstaaten betreffen, die über ähnliche Infrastrukturen wie das Militär verfügen, wenn sie im Notfall, einschließlich Naturkatastrophen, große Mengen an Material und Hilfsgütern bereitstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1332
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; fordert in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden	49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; fordert in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden

müssen;

müssen; ***fordert die Einrichtung eines ständigen Cyber-Krisenreaktionsmechanismus EU-Ebene, der sicherstellt, dass die operative Koordinierung zwischen der ENISA, Europol und den zuständigen Dienststellen der Kommission gewährleistet ist und der in der Lage ist, den Mitgliedstaaten bei groß angelegten Cybervorfällen, einschließlich solcher, die Wahlen, kritische Infrastrukturen oder demokratische Institutionen betreffen, rasch Hilfe zu leisten;***

---

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1333
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; fordert in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen;	49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; fordert in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen; ***fordert die Kommission auf, im Rahmen des MFR 2028-2034 hinreichende Finanzmittel bereitzustellen, um sicherzustellen, dass Unternehmen, insbesondere im IKT-Sektor, die zusätzlichen Investitionen, die sich aus der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit ergeben, finanzieren können;***
[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).	[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).
[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der	[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der

Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1334
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***fordert*** in diesem Zusammenhang eine ***Überarbeitung*** der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen;	49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***begrüßt*** in diesem Zusammenhang eine ***Überprüfung*** der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen; ***betont, dass KMU Unterstützung bei der Einhaltung der Vorschriften benötigen und keine Ausnahmeregelungen, die ihre Sicherheit und damit die kollektive Cybersicherheit beeinträchtigen würden;***

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der

Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1335
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***fordert in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich*** Cybersicherheit ***und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit***	49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***begrüßt den Vorschlag der Kommission, das operative Mandat und die Ressourcen der ENISA durch den überarbeiteten Rechtsakt zur*** Cybersicherheit ***erheblich zu stärken***;

gestärkt werden müssen;

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).

[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).

Or. en

Änderungsantrag 1336
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***fordert*** in diesem	49. betont, dass Cybersicherheitsrahmen wie die NIS-2-Richtlinie, die Cyberresilienz-Verordnung[56] und die Cybersolidaritätsverordnung[57] aufeinander abgestimmt funktionieren müssen, um Standards zu unterstützen, die dem Prinzip „Sicherheit durch Design“ folgen, und um eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden; ***nimmt*** in diesem

Zusammenhang ***eine*** Überarbeitung ***der einschlägigen Rechtsvorschriften im Bereich*** Cybersicherheit und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen;	Zusammenhang ***die*** Überarbeitung ***des Rechtsakts zur*** Cybersicherheit ***und die gezielte Überarbeitung des NIS-2-Rahmens zur Kenntnis*** und unterstreicht, dass bestehende Strukturen wie die ENISA und das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit gestärkt werden müssen;
[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).	[56] Verordnung (EU) 2024/2847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013 und (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Cyberresilienz-Verordnung) (ABl. L, 2024/2847, 20.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj).
[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).	[57] Verordnung (EU) 2025/38 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität für und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung von, Vorsorge für und Bewältigung von Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfällen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Cybersolidaritätsverordnung) (ABl. L, 2025/38, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2025/38/oj).
	Or. en

Änderungsantrag 1337
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. fordert erneut strengere Beschränkungen für den Zugang russischer Bürgerinnen und Bürger zur

EU, damit sie nicht die Freiheiten und Privilegien Europas genießen können – wie Tourismus, Kultur, Sport oder Bildung –, während ihr Land seine brutale Aggression fortsetzt, einschließlich Angriffen auf zivile Ziele wie Theater und Sportanlagen; fordert die Einführung einer Verpflichtung für alle Visumantragsteller aus Russland, ihr Wehrdienstheft vorzulegen, das ein obligatorisches Dokument für erwachsene russische Staatsbürger ist und den Verlauf ihres Wehrdienstes und ihrer militärischen Laufbahn bescheinigt; ist der Ansicht, dass Personen, die sich an der Aggression beteiligt haben – indem sie direkt oder indirekt brutale Verbrechen gegen Ukrainerinnen und Ukrainer sowie in Syrien oder zuvor in Tschetschenien begangen haben – ein gegenwärtiges und zukünftiges Sicherheitsrisiko für europäische Bürgerinnen und Bürger darstellen; fordert die Mitgliedstaaten, die diese Maßnahme blockieren, auf, EU-weite Maßnahmen gegen Personen zu unterstützen, die direkt an Aggressionen beteiligt sind, und solche Maßnahmen als notwendig für die Verbesserung der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen;

Or. en

Änderungsantrag 1338
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. betont, dass die Abhängigkeit von chinesischer grüner Technologie, insbesondere von Solarmodulen und Wechselrichtern, verringert werden muss, da einige dieser Produkte nachweislich

nicht dokumentierte Kommunikationsgeräte enthalten, darunter Mobilfunkgeräte, mit denen Stromversorgungssysteme aus der Ferne abgeschaltet oder manipuliert werden könnten; bekräftigt, dass eine Politik des „Kaufs europäischer Produkte“ für kritische Infrastrukturen, darunter Telekommunikation, Solarwechselrichter und andere Energieinfrastrukturen, sowie öffentliche Verkehrsmittel eingeführt werden muss, um das Risiko von Ausfällen durch versteckte „Zwangsabschalter“ (kill switches) im Krisenfall zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 1339
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine koordinierte internationale Initiative ins Leben zu rufen, um gegen sogenannte nicht angreifbare Hosting-Anbieter („bulletproof hosting providers“) vorzugehen, die wissentlich Infrastruktur an Cyberkriminelle vermieten, unter anderem durch die Sperrung und Filterung missbräuchlicher autonomer Systemnummern, mit dem Ziel, die Rechtsordnungen, aus denen solche Anbieter heraus operieren können, wirksam einzuschränken;

Or. en

Änderungsantrag 1340

Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. fordert eine Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit, um Experten für ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und Desinformation ausdrücklich in die Interessengruppen aufzunehmen, die in der ENISA-Beratungsgruppe vertreten sind, und sicherzustellen, dass im Rahmen der Governance der Cybersicherheit die Konvergenz von technischen Schwachstellen und Informationsmanipulationen, die auf demokratische Prozesse abzielen, berücksichtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1341
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 49 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49b. begrüßt die im europäischen Gesetz zu kritischen Rohstoffen festgelegten Ziele und betont, dass sich die Abhängigkeit von chinesischen Seltenen Erden in Zeiten plötzlicher Krisen als noch schädlicher erweisen wird als die Abhängigkeit von russischen Kohle- und Erdölressourcen; bekräftigt, dass das europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen vollständig umgesetzt, Vorräte

angelegt, Rohstoffe recycelt und die Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen von China hin zu zuverlässigeren Partnern beschleunigt werden muss, ebenso wie die eigene Gewinnung und Verarbeitung;

Or. en

Änderungsantrag 1342
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. weist darauf hin, dass die NIS-2-Richtlinie nur in geringem Maße umgesetzt wurde; bedauert, dass die Kommission nach Ablauf der Frist am 17. Oktober 2024 Aufforderungsschreiben an nicht weniger als 23 Mitgliedstaaten senden musste, weil diese die Richtlinie nicht vollständig umgesetzt hatten; fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, die Umsetzung der Richtlinie so bald als möglich abzuschließen, zumal sie Ende 2025 – mehr als ein Jahr nach Ablauf der Frist – in zehn Mitgliedstaaten noch ausstand; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um eine rasche und kohärente Umsetzung des horizontalen Cybersicherheitsrahmens gemäß der NIS-2-Richtlinie sowie der Cyberresilienz-Verordnung und der Cybersolidaritätsverordnung sicherzustellen, wie es in der Strategie für die innere Sicherheit „ProtectEU“ vorgesehen ist;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1343
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. weist darauf hin, dass die NIS-2-Richtlinie nur in geringem Maße umgesetzt wurde; bedauert, dass die Kommission nach Ablauf der Frist am 17. Oktober 2024 Aufforderungsschreiben an nicht weniger als 23 Mitgliedstaaten senden musste, weil diese die Richtlinie nicht vollständig umgesetzt hatten; fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, die Umsetzung der Richtlinie so bald als möglich abzuschließen, zumal sie Ende 2025 – mehr als ein Jahr nach Ablauf der Frist – in zehn Mitgliedstaaten noch ausstand; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um eine rasche und kohärente Umsetzung des horizontalen Cybersicherheitsrahmens gemäß der NIS-2-Richtlinie sowie der Cyberresilienz-Verordnung und der Cybersolidaritätsverordnung sicherzustellen, wie es in der Strategie für die innere Sicherheit „ProtectEU“ vorgesehen ist;	50. weist darauf hin, dass die NIS-2-Richtlinie nur in geringem Maße umgesetzt wurde; bedauert, dass die Kommission nach Ablauf der Frist am 17. Oktober 2024 Aufforderungsschreiben an nicht weniger als 23 Mitgliedstaaten senden musste, weil diese die Richtlinie nicht vollständig umgesetzt hatten; fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, die Umsetzung der Richtlinie so bald als möglich abzuschließen, zumal sie Ende 2025 – mehr als ein Jahr nach Ablauf der Frist – in zehn Mitgliedstaaten noch ausstand; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um eine rasche und kohärente Umsetzung des horizontalen Cybersicherheitsrahmens gemäß der NIS-2-Richtlinie sowie der Cyberresilienz-Verordnung und der Cybersolidaritätsverordnung sicherzustellen, wie es in der Strategie für die innere Sicherheit „ProtectEU“ vorgesehen ist; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, darauf hinzuwirken, dass die Lücken in Bezug auf Lagebewusstsein, Risikominderung und koordinierte Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen Cyberbedrohungen, hybriden Bedrohungen und Informationsbedrohungen geschlossen werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1344
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. unterstreicht, wie wichtig eine strukturierte Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern ist, die einer Vielzahl hybrider Bedrohungen ausgesetzt sind, darunter Taiwan, das über umfangreiche Erfahrungen bei der Bekämpfung von Tätigkeiten in Grauzonen, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie der Störung kritischer Infrastrukturen, einschließlich Seekabeln, durch böswillige Akteure verfügt;

Or. en

Änderungsantrag 1345
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, darauf hinzuwirken, dass die Lücken in Bezug auf Lagebewusstsein, Risikominderung und koordinierte Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen Cyberbedrohungen, hybriden Bedrohungen und Informationsbedrohungen geschlossen werden;

Or. en

Änderungsantrag 1346
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Stärkung von Bildung und akademischer Freiheit

Or. en

Änderungsantrag 1347
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. weist erneut darauf hin, dass die Geschichte von ausländischen Akteuren und politischen Extremisten innerhalb der EU manipuliert wurde, um einer antidemokratischen politischen Agenda zu dienen; ist der Ansicht, dass eine grundlegende historisch-wissenschaftliche Ausbildung den Geschichtsunterricht in den Schulen ergänzen sollte; verweist auf die Empfehlungen der Beobachtungsstelle für den Geschichtsunterricht in Europa des Europarates, insbesondere hinsichtlich des Konzepts der Geschichte aus vielen Blickwinkeln; weist darauf hin, dass Frankreich und Deutschland es geschafft haben, ein gemeinsames deutsch-französisches Geschichtslehrbuch zu erstellen, um ein gemeinsames Verständnis der Geschichte zu gewährleisten; ist der Ansicht, dass alle oder einige Mitgliedstaaten, wenn sie betroffen sind, an einem gemeinsamen Geschichtsverständnis arbeiten könnten, unter Einbeziehung von Geschichtswissenschaftlern, das dann in ähnlichen bilateralen Projekten wiederverwendet werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1348
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 50 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50b. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass die Mittel aus dem Plan „Bereitschaft 2030“ für zivile Verteidigungsprojekte mit doppeltem Verwendungszweck verwendet werden, mit denen die Fähigkeit zur Prävention, Erkennung und Reaktion auf hybride und Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen verbessert werden soll;

Or. en

Änderungsantrag 1349
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 50 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50b. verurteilt Angriffe auf die akademische Freiheit; ist äußerst besorgt über Berichte, wonach einige Universitäten im Vereinigten Königreich unter dem Druck Chinas Studien zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Zwangsarbeit uigurischer Menschen eingestellt haben; betont, dass die europäische Forschungsgemeinschaft, sowohl privat als auch öffentlich, und die Industrie bei der Bekämpfung von Einmischung und Desinformation unterstützt werden müssen; betont, dass die europäische

Souveränität im Forschungsbereich im weitesten Sinne gewahrt bleiben muss, um die Unabhängigkeit Europas sicherzustellen, beispielsweise in Bereichen wie Spracherwerb, Menschenrechtsstudien und Kulturwissenschaften; weist darauf hin, dass jeder Verlust an heimischen Analysekapazitäten zu Abhängigkeiten von Drittländern und deren potenzieller Voreingenommenheit führt;

Or. en

Änderungsantrag 1350
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. verweist auf die Strategie der Kommission für die innere Sicherheit vom April 2025, in der betont wird, dass der Besitzstand der EU im Bereich des Strafrechts bereits bestimmte Formen von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformationsmaßnahmen abdeckt und dass eine verstärkte Zusammenarbeit der EU in diesem Bereich dazu beitragen kann, ihnen wirksamer entgegenzuwirken, und kündigt an, dass bei der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust geprüft wird, wie diese Bemühungen weiter verstärkt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1351
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt; ***betont in diesem Zusammenhang, dass eine Reihe bestehender Kompetenzen von Europol – darunter die Analyse von Erkenntnissen, der grenzüberschreitende Informationsaustausch, die operative Koordinierung, Fachwissen im Bereich der Cyberkriminalität und die Unterstützung gemeinsamer Ermittlungsgruppen – stärker zur Unterstützung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie genutzt werden könnten; fordert darüber hinaus die ausdrückliche Aufnahme hybrider Bedrohungen, einschließlich koordinierter ausländischer Einmischung und groß angelegter Kampagnen zur Informationsmanipulation, in das Mandat von Europol, um die Fähigkeit der Union zur Aufdeckung, Prävention und Bekämpfung komplexer grenzüberschreitender Bedrohungen der demokratischen Sicherheit zu verbessern;***

Or. en

Änderungsantrag 1352
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, ***um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen,*** das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt ***und die gemeinsamen operativen Kapazitäten stärkt, damit komplexe grenzüberschreitende kriminelle Bedrohungen wirksamer bekämpft werden können, und betont gleichzeitig, dass die Befugnisse im Bereich der Ermittlungen und der operativen Maßnahmen bei den Mitgliedstaaten verbleiben sollten, während Europol als unterstützende Agentur fungiert***; ***betont, dass die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten mit modernen und wirksamen Instrumenten ausgestattet werden müssen, um Sabotageakte, Subversion und Spionage zu bekämpfen und zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 1353
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene

der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;	der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt; ***betont, dass die zunehmende Zahl von Analysen, Erkenntnissen und Lagebildern zu hybriden Bedrohungen, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und ausländischer Einmischung systematischer in konkrete operative Maßnahmen umgesetzt werden sollte, einschließlich Ermittlungen, Strafverfolgung und Durchsetzung, wo dies angemessen ist;***

Or. en

Änderungsantrag 1354
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle, Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass ***alle*** auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; ***befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission zur einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol,***	51. ist der Ansicht, dass ***angemessene,*** auf ***der*** Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente ***im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit*** angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen;

um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 1355
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol ***und fordert eine angemessene und nachhaltige Aufstockung ihrer Haushaltsmittel***, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;

Or. fr

Änderungsantrag 1356
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente

angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ***ambitionierten*** Überarbeitung des Mandats von Europol, um ***die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das*** die Mitgliedstaaten besser ***unterstützt***;

angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer Überarbeitung des Mandats von Europol, um ***sicherzustellen, dass Europol besser gerüstet ist, um*** die Mitgliedstaaten ***bei der Prävention und Bekämpfung schwerer Kriminalität, die demokratische Prozesse beeinträchtigt,*** besser ***zu unterstützen***;

Or. en

Änderungsantrag 1357
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ***ambitionierten*** Überarbeitung des Mandats von Europol, um ***die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt***;	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; befürwortet insbesondere das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer Überarbeitung des Mandats von Europol, um ***dessen Kapazitäten angesichts neuer Herausforderungen zu stärken***;

Or. en

Änderungsantrag 1358
Kim Van Sparrentak

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; ***befürwortet insbesondere*** das Bekenntnis der Kommission ***zur*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;	51. ist der Ansicht, dass alle auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verfügbaren strafrechtlichen Instrumente angewandt und nötigenfalls weiterentwickelt werden sollten, um rechtswidriges Verhalten, das die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Prozesse zum Ziel hat, zu verhindern und zu bekämpfen; ***nimmt*** das Bekenntnis der Kommission ***zu*** einer ambitionierten Überarbeitung des Mandats von Europol ***zur Kenntnis***, um die Agentur zu einem wirklich operativen Polizeiamt zu machen, das die Mitgliedstaaten besser unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 1359
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. bedauert, dass die Vorschriften der EU zur Korruptionsbekämpfung nicht für die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union gelten; fordert die Kommission auf, unverzüglich die erforderlichen Bestimmungen vorzuschlagen und anzunehmen, um zumindest die verbindliche Vorlage, Veröffentlichung und wirksame Überprüfung der Vermögenserklärungen der Bediensteten der EU-Organe sowie klare, verbindliche und durchsetzbare Vorschriften zu Interessenkonflikten und sogenannten „Drehtüreffekten“

sicherzustellen; ist der Ansicht, dass ohne eine echte Stärkung der Schutzmaßnahmen gegen Korruption und Amtsmissbrauch innerhalb der Organe der EU selbst kein glaubwürdiger Schutz vor externen Bedrohungen, einschließlich ausländischer Einmischung, Desinformation und unzulässiger Einflussnahme aus Drittländern, gewährleistet werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 1360
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. begrüßt die jüngste Stärkung des Visa-Aussetzungsmechanismus, durch den die Gründe für die vorübergehende oder endgültige Wiedereinführung der Visumpflicht für Drittländer, bei denen Bedenken hinsichtlich der Sicherheit oder der Rechtsstaatlichkeit bestehen, erweitert werden; nimmt insbesondere die ausdrückliche Einbeziehung hybrider Bedrohungen – einschließlich der staatlich geförderten Instrumentalisierung von Migration – sowie von Programmen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft durch Investitionen zur Kenntnis, die Sicherheitsrisiken, eine mangelnde Übereinstimmung mit der Visumpolitik der Union, schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und die Nichtbefolgung internationaler Gerichtsentscheidungen mit sich bringen; betont, dass diese Erweiterungen die Fähigkeit der Union verbessern, auf feindselige oder destabilisierende Handlungen in angemessener und

abschreckender Weise zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 1361
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. betont, dass die Zusammenarbeit mit Plattformen und Leitlinien im Bereich der Terrorismusbekämpfung weiterhin streng auf illegale terroristische Inhalte und echte Anwerbung/operative Unterstützung ausgerichtet sein muss; lehnt den Einsatz von Rahmenwerken für Sicherheitskennzeichnungen ab, die darauf abzielen, rechtmäßige politische Äußerungen, Satire oder umstrittene politische Ansichten einzuschränken oder herabzustufen; fordert die Kommission auf, über Schutzmaßnahmen zu berichten, die verhindern, dass Konzepte für „grenzwertige Inhalte“ zu einer allgemeinen Steuerung der Meinungsäußerung ausgeweitet werden;

Or. en

Änderungsantrag 1362
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. fordert die Kommission auf, einen Legislativvorschlag vorzulegen, mit dem die wissentlich Beteiligung an organisierten Tätigkeiten strategischer

Einmischung durch feindliche ausländische Mächte, einschließlich der Koordinierung von Einflussnetzwerken, der verdeckten Finanzierung politischer oder medialer Aktivitäten und der strukturierten Zusammenarbeit mit ausländischen Staatsapparaten zur demokratischen Destabilisierung, als europäischer Straftatbestand eingeführt werden soll;

Or. en

Änderungsantrag 1363
Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. fordert die Einrichtung einer Europäischen Wahlbehörde, der die Aufgabe zukommt, die Wahlen in der gesamten Union auf der Grundlage einheitlicher Referenzwerte und Standards zu überwachen, zu koordinieren und zu überprüfen, Unregelmäßigkeiten aufzudecken und rasch auf ausländische Einmischung, Cyberbedrohungen und Desinformation, die sich auf Wahlen auswirken, zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 1364
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. betont, dass der Schutz kritischer

Infrastrukturen zunehmend von integrierten Fähigkeiten im Bereich Cybersicherheit und digitale Sicherheit abhängt und dass industrielle Erfahrungswerte darauf hindeuten, dass koordinierte, durchgängige Ansätze, die die Resilienz, Kontinuität und schnelle Reaktion über miteinander verbundene Systeme hinweg gewährleisten können, von großer Bedeutung sind;

Or. en

Änderungsantrag 1365
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 51 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51b. betont, dass Versuche organisierter krimineller Netzwerke, gewählte Vertreter und Amtsträger zur Bestechung oder Einschüchterung zu bewegen, eine direkte Bedrohung für die demokratische Integrität und das Vertrauen der Öffentlichkeit darstellen und im Rahmen der allgemeinen Resilienz und der Reaktion der Union auf hybride Bedrohungen bekämpft werden sollten; betont, dass die Zusammenarbeit zwischen den Korruptionsbekämpfungsstellen, den Strafverfolgungsbehörden und den Agenturen der Union, insbesondere Europol und Eurojust, intensiviert werden muss, um solche Praktiken aufzudecken, zu verhindern und strafrechtlich zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 1366

Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen; ***betont, dass diese Stärkung unter vollständiger Achtung der Grundrechte, einschließlich der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Zugang zu Informationen, erfolgen muss und nicht als Rechtfertigung für eine unzulässige Beeinträchtigung dieser Rechte herangezogen werden darf;***

Or. en

Änderungsantrag 1367
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen; ***betont in diesem Zusammenhang, dass Europol und Eurojust mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden müssen, um die bevorstehende Stärkung ihrer Mandate wirksam umsetzen zu können;***

Or. en

Änderungsantrag 1368
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von

Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	Europol***, Frontex*** und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit ***grenzüberschreitender Kriminalität, einschließlich*** hybriden Bedrohungen***,*** konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen; ***weist erneut auf die Zuständigkeiten gemäß dem Vertrag hin und mahnt zur Vorsicht, diese nicht zu überschreiten;***

Or. en

Änderungsantrag 1369
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Sandra Kalniete, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol***, Frontex*** und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken ***und Beschränkungen*** zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung***, einschließlich der Sicherstellung einer wirksamen Weiterverfolgung bestehender Erkenntnisse und Bewertungen,*** zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese

Lücken zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1370
Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der ***voraussichtliche*** positive Beitrag anerkannt wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den mit hybriden Bedrohungen konfrontierten Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken ***im Hinblick auf das nationale Strafrecht und den AEUV*** zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1371
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt	52. begrüßt, dass in der gemeinsamen Mitteilung der positive Beitrag anerkannt

wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den ***mit hybriden Bedrohungen konfrontierten*** Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;	wird, der dank der justiziellen Zusammenarbeit und der Kooperation im Bereich der Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformation erzielt wird; fordert die Kommission auf, bei der Vorbereitung der geplanten Überarbeitung der Mandate von Europol und Eurojust sorgfältig die rechtlichen Lücken zu beurteilen, die die Agenturen derzeit daran hindern, den Mitgliedstaaten uneingeschränkte Unterstützung zu leisten, und Möglichkeiten zu prüfen, diese Lücken zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1372
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. fordert die Kommission auf, im Rahmen der Überarbeitung der Europol-Verordnung vorzusehen, dass innerhalb der operativen Architektur von Europol ein spezielles Kompetenzzentrum für hybride Bedrohungen eingerichtet wird; betont, dass ein solches Zentrum eine einheitliche und integrierte analytische und operative Anlaufstelle für mehrdimensionale hybride Bedrohungen darstellen und die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bewältigung sich wandelnder grenzüberschreitender Herausforderungen stärken würde, während es gleichzeitig die Arbeit des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz ergänzen würde;

Or. en

Änderungsantrag 1373
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. weist erneut darauf hin, dass Maßnahmen zur Spionageabwehr und zum Schutz vor Spionage, einschließlich der Identifizierung ausländischer Befehlsstrukturen, Finanzierungs- und Geheimdienstoperationen, in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen; weist auf die mangelnde Zuständigkeit der Union selbst hin; gibt zu bedenken, dass solche Aktivitäten nicht durch regulatorische Maßnahmen ersetzt werden sollten, die Plattformen, Medien oder die Meinungsäußerung auf Unionsebene beeinflussen;

Or. en

Änderungsantrag 1374
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. fordert die Angleichung der Methoden und Definitionen der EU und der Plattformen in Bezug auf Desinformation und Einflussnahme, unter anderem durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Mitgliedstaaten, den Plattformen und den zuständigen Behörden, wobei anerkannt wird, dass es für die Erzielung eines Konsenses möglicherweise nachhaltiger

Anstrengungen bedarf;

Or. en

Änderungsantrag 1375
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. beharrt darauf, dass Strafverfolgungs- und Justizbehörden angemessen geschult werden müssen, um sicherzustellen, dass sie Beweismittel in Strafverfahren ordnungsgemäß sammeln, bewerten und verwenden können;

Or. en

Änderungsantrag 1376
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 52 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52b. mahnt, dass die begrenzten Zuständigkeiten der Union im Bereich der Nachrichtendienste nicht zu Ausgleichsmaßnahmen führen dürfen, die sich gegen rechtmäßige Meinungsäußerungen, Medienaktivitäten oder Online-Äußerungen richten; betont, dass Regulierungsmaßnahmen nicht als Ersatz für Bereiche dienen sollten, in denen die Union gemäß dem Vertrag keine Zuständigkeit hat;

Or. en

Änderungsantrag 1377
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;	53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss; ***stellt fest, dass die Union bereits über ein beträchtliches Maß an einschlägigen Informationen und Fachwissen im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen und ausländischer Einmischung verfügt; unterstreicht, dass die wirksame Nutzung, Weitergabe und praktische Umsetzung des vorhandenen Wissens Vorrang vor der Schaffung zusätzlicher paralleler Analyseebenen haben sollte; betont, dass die Glaubwürdigkeit und abschreckende Wirkung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie davon abhängt, dass die Union nicht nur in der Lage ist, feindliche Aktivitäten aufzudecken und zu analysieren, sondern auch durch geeignete Ermittlungs- und Justizmaßnahmen für Rechenschaftspflicht sorgt;***

Or. en

Änderungsantrag 1378
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ***ein*** nicht ***hinnehmbarer Akt*** der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;	53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit ***, die Sicherheit von Personen, die auf europäischem Boden von repressiven Regimes verfolgt werden, und den Schutz der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten in*** der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken nicht ***hinnehmbare Akte*** der Einflussnahme aus dem Ausland ***und transnationaler Repression*** sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss***, rechtliche Lücken sowie die unbeabsichtigte Erleichterung solcher Handlungen durch Organe der EU oder der Mitgliedstaaten bewertet werden müssen und geprüft werden muss, wie diese behoben werden können***;

Or. en

Änderungsantrag 1379
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;	53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung ***innerhalb der Grenzen des Vertrags*** weiter intensiviert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1380
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus ***Drittländern*** Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont,	53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus ***Drittstaaten*** Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont,

dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;	dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung auf EU-Ebene in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1381
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung ***auf EU-Ebene*** in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;	53. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es zunehmend Beispiele dafür gibt, dass böswillige Akteure aus Drittländern Kriminalität als Dienstleistung und kriminelle Organisationen als Stellvertreter innerhalb der EU nutzen, um Personen und Organisationen, die sie als politische Gegner einstufen, ins Visier zu nehmen, was eine ernsthafte Bedrohung für die innere Sicherheit der EU darstellt; betont, dass solche Praktiken ein nicht hinnehmbarer Akt der Einflussnahme aus dem Ausland sind, der sich potenziell destabilisierend auf unsere Gesellschaften auswirkt; unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Koordinierung in den Bereichen Strafgerichtsbarkeit und Strafverfolgung weiter intensiviert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1382
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53a. fordert die offizielle Anerkennung von Hackerangriffen gegen Bezahlung als eigenständige Bedrohung für demokratische Institutionen und Prozesse; fordert eine harmonisierte Definition auf EU-Ebene unter Federführung der Strafverfolgungs- und Cybersicherheitsbehörden; fordert Protokolle für schnelle Reaktionen und eine transparente Meldung von Vorfällen; betont, dass sehr große Online-Plattformen gemäß ihren Verpflichtungen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste dafür verantwortlich sind, Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung ihrer Dienste für Hackerangriffe gegen Bezahlung zu bewerten, zu mindern und zu melden; fordert die Mitgliedstaaten auf, sowohl die Bereitstellung als auch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Bereich Hackerangriffe gegen demokratische Institutionen unter Strafe zu stellen und die grenzüberschreitende Strafverfolgung und Zusammenarbeit zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1383
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53a. weist erneut darauf hin, dass Peter Mandelson von Russland und China für sich gewonnen wurde, nachdem er bezahlte Beratungs- oder Lobbying-Tätigkeiten für Einrichtungen ausgeübt

hatte, die mit deren staatlichen oder militärischen Interessen in Verbindung stehen; verweist auf den ING1- und den ING2-Bericht, in denen die systematische Vereinnahmung europäischer politischer, intellektueller und sozialer Influencer durch mit ausländischen Staaten verbundene Einrichtungen verurteilt und angegangen werden;

Or. en

Änderungsantrag 1384
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53a. betrachtet die zunehmende transnationale Repression als Bedrohung für die Demokratie; fordert die Kommission auf, den Mitgliedstaaten Leitlinien und Empfehlungen zum Schutz von Journalisten und anderen gefährdeten Gruppen im Exil an die Hand zu geben; fordert die Kommission auf, die Einrichtung eines Mechanismus für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Bereich transnationale Repression auf europäischer Ebene in Betracht zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 1385
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 53 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53b. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, wachsam zu bleiben und Schutz für Diasporagemeinschaften in der EU sicherzustellen, darunter die demokratischen Bewegungen aus Belarus, die russische Opposition und die iranische Diaspora, die häufig Ziel von Desinformationskampagnen, Verleumdungskampagnen, körperlichen Angriffen und politischen Morden durch ausländische Akteure sind;

Or. en

Änderungsantrag 1386
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen,	***entfällt***

finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1387
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die ***EU*** auszuüben; ***begrüßt*** die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen ***können müssen***; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur ***über die*** Rechtsgrundlage und ***die personellen, finanziellen und technischen*** Ressourcen ***verfügt***, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die ***Union insgesamt*** auszuüben; ***bedauert, dass die Kommission den Legislativvorschlag zur Instrumentalisierung von Migration und Asyl(2021/0427(COD)(zurückgezogen hat, mit dem diese Herausforderungen umfassend angegangen werden sollten; ist der Ansicht, dass*** die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden***, nicht konkret und streng genug sind, um feindselige Aktivitäten, die weiterhin in großem Umfang stattfinden, wirksam zu verhindern***; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich ***nicht*** auf die ***angemessene***

diesem Zusammenhang hervor, dass ***die Fähigkeit der EU,*** durch ***ausreichende*** Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten ***beizutragen, weiter verbessert*** werden muss;

Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen ***konnten, wie die Fälle Litauen, Polen und anderer Länder zeigen***; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur ***den tatsächlichen und sich wandelnden Herausforderungen begegnen kann, wofür auch eine angemessene*** Rechtsgrundlage und ***ausreichend personelle, finanzielle und technische*** Ressourcen ***erforderlich sind***, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass durch ***angemessene*** Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten***, die für die wirksame Verteidigung der EU-Außengrenzen von entscheidender Bedeutung sind, beigetragen*** werden muss; ***bedauert jedoch, dass bestimmte Maßnahmen und Mitteilungen von EU-Institutionen und EU-finanzierten Akteuren mitunter dazu beigetragen haben, die legitimen Bemühungen der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen zum Schutz der Außengrenzen der Union zu untergraben, unter anderem durch die Verbreitung unbestätigter oder irreführender Darstellungen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Grenzbehörden schwächen und die Art der hybriden Bedrohungen verzerrt darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 1388
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; ***würdigt die Bemühungen der nationalen Küstenwachen der Mitgliedstaaten und von Frontex, die täglich auf hybride Bedrohungen reagieren, Such- und Rettungsaktionen auf See durchführen und eine entscheidende Rolle beim Schutz der Integrität der Außengrenzen der Europäischen Union und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere von Schleusern, spielen; fordert weitere Unterstützung seitens der EU, um ihre operativen Kapazitäten durch angemessene Finanzierung und verstärkte Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden zu stärken;*** begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Änderungsantrag 1389
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; ***betont, wie wichtig eine enge Koordinierung und aufrichtige Zusammenarbeit zwischen benachbarten Mitgliedstaaten und den Organen der Union ist und dass die technologischen und operativen Fähigkeiten, einschließlich elektronischer Überwachung, Resilienz der Telekommunikation und Drohnenabwehrsysteme, gestärkt werden müssen, um wirksam auf hybride Bedrohungen reagieren zu können und***

gleichzeitig die Integrität des Schengen-Raums und die Grundwerte der Union zu wahren; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1390
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende

Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;	Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss; ***ist besorgt darüber, dass Vorschläge zur massenhaften Legalisierung des Aufenthalts irregulärer Migranten, wenn sie als Teil innenpolitischer Strategien vorgelegt werden, die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Migrationspolitik der Union untergraben und unbeabsichtigte Sogfaktoren und Sicherheitsherausforderungen hervorrufen könnten; betont, dass alle Maßnahmen zur Legalisierung des Aufenthalts Ausnahmecharakter haben, transparent sein und auf europäischer Ebene koordiniert werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1391
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. ***verurteilt aufs Schärfste, dass*** Migration ***als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird***; ***vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden;*** betont, dass ***die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen***;	54. ***ist besorgt darüber, dass die Anwendung des Konzepts der hybriden Bedrohungen und der Instrumentalisierung der*** Migration ***zur Stigmatisierung und Entmenschlichung von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen beiträgt***; betont, dass ***durch eine solche Darstellung unverhältnismäßige sicherheitsorientierte Maßnahmen legitimiert, der Zugang zu Schutzmaßnahmen erschwert und Grundrechte ausgehöhlt werden könnten***; ***fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, Formulierungen und politische Ansätze zu vermeiden, die Migration mit Sicherheitsbedrohungen in Verbindung bringen, und sicherzustellen, dass die Maßnahmen weiterhin auf***

fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Menschenrechten, internationalen Schutzstandards und humanitären Grundsätzen beruhen;

Or. en

Änderungsantrag 1392
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; ***ist der Ansicht, dass physische Barrieren an den Grenzen das wirksamste Mittel gegen die als Waffe eingesetzte Migration sind;*** begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die

Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;	Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; ***betont, dass Zurückweisungen eine rechtmäßige und legitime Option gegen die Instrumentalisierung von Migration darstellen;*** hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1393
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben***, indem sie entweder versuchen, die äußere Ordnung der EU zu schwächen oder das Vertrauen in die Institutionen zu untergraben***; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten***, insbesondere diejenigen,***

Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

die an Belarus und Russland angrenzen, sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1394
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt ***aufs Schärfste, dass*** Migration ***als Waffe*** gegen die EU ***eingesetzt und instrumentalisiert wird***; vertritt den Standpunkt, dass ***dieses*** Phänomen ***einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben***; ***begrüßt*** die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die ***kürzlich*** in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die ***von derartigen Bedrohungen betroffenen*** Mitgliedstaaten ***sich auf die*** Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen ***verlassen können müssen***; ***fordert, dass das Mandat***	54. verurteilt ***die Instrumentalisierung der*** Migration gegen die EU; ***bedauert jedoch, dass die von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung dieses Phänomens ergriffenen Maßnahmen den Schutz suchenden Menschen in unangemessener und unverhältnismäßiger Weise schaden;*** vertritt den Standpunkt, dass ***ein geopolitisches*** Phänomen ***geopolitische Antworten erfordert und keine Maßnahmen, die bereits gefährdete Menschen treffen und zu ihrer doppelten Viktimisierung führen***; ***lehnt in diesem Zusammenhang*** die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement

von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den ***Grenzschutzbemühungen*** der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

und zur Migration aufgenommen wurden***, ab***; betont, dass die Mitgliedstaaten***, auch mit*** Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen***, menschenwürdige Aufnahmebedingungen gewährleisten und das Recht auf Asyl im Einklang mit dem EU-Recht und dem Völkerrecht wahren müssen, um die Wirksamkeit der Instrumentalisierung als Mittel zur Destabilisierung einzuschränken***; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den ***Bemühungen*** der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1395
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage und die personellen,	54. verurteilt aufs Schärfste, dass Migration als Waffe gegen die EU eingesetzt und instrumentalisiert wird; vertritt den Standpunkt, dass dieses Phänomen einen inakzeptablen Versuch böswilliger Drittländer darstellt, politischen Druck auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen und die EU auszuüben; begrüßt die spezifischen Bestimmungen zur Instrumentalisierung der Migration, die kürzlich in wichtige EU-Rechtsvorschriften zum Grenzmanagement und zur Migration aufgenommen wurden; betont, dass die von derartigen Bedrohungen betroffenen Mitgliedstaaten sich auf die Unterstützung spezialisierter EU-Agenturen verlassen können müssen; fordert, dass das Mandat von Frontex gestärkt wird, damit die Agentur über die Rechtsgrundlage***, die Analysekapazitäten***

finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;	und die personellen, finanziellen und technischen Ressourcen verfügt, die sie braucht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung derartiger hybrider Bedrohungen ordnungsgemäß zu unterstützen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die Fähigkeit der EU ***– einschließlich durch Frontex –***, durch ausreichende Investitionen im Rahmen des MFR 2028-2034 zu den Grenzschutzbemühungen der Mitgliedstaaten beizutragen, weiter verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1396
Michał Wawrykiewicz, Bartłomiej Sienkiewicz, Sandra Kalniete, Eszter Lakos, Sander Smit

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. unterstützt die Einführung einer Initiative unter der Bezeichnung „Schutzschild für die Ostflanke“ und fordert die Kommission auf, einen speziellen Haushaltsmechanismus im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034 zu entwickeln, mit dem die Sicherheit und Resilienz der östlichen Außengrenzen der Union gestärkt werden sollen; fordert die Kommission auf, den nationalen Grenzschutzbeamten in den Grenzmitgliedstaaten gezielte finanzielle Unterstützung zu gewähren, um die Einstellung von zusätzlichem Fachpersonal zu ermöglichen; betont, dass solche Einheiten ausdrücklich mit der Bekämpfung hybrider Bedrohungen, einschließlich russischer Desinformation und der Instrumentalisierung von Migration, beauftragt werden sollten; fordert darüber hinaus EU-finanzierte

spezielle Schulungsprogramme und den Einsatz fortschrittlicher Überwachungstechnologien, um die Integrität und den wirksamen Schutz der Außengrenzen der Union zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1397
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. fordert die Kommission auf, im Rahmen der bevorstehenden Überarbeitung des Mandats von Europol hybride Bedrohungen als eine Form der Kriminalität, die die gemeinsamen Interessen der Union beeinträchtigt, in Anhang I der Europol-Verordnung aufzunehmen, um eine klare Rechtsgrundlage für das Vorgehen von Europol zu schaffen, die strategische Analyse und den Austausch von Erkenntnissen zu verbessern und die operative Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung grenzüberschreitender krimineller, digitaler und informationsbezogener Bedrohungen zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1398
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

54a. bedauert, dass die Union während des Höhepunkts der Migrationskrise an den Außengrenzen der EU nicht ausreichend konstruktiv agiert hat und dass irreführende Darstellungen der Lage an den Grenzen sowie die Aktivitäten bestimmter nichtstaatlicher Organisationen und Schleusernetzwerke die Bemühungen der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen zum Schutz der Außengrenzen der Union zusätzlich erschwert haben;

Or. en

Änderungsantrag 1399
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dem Beispiel Polens zu folgen und die Verbindungen europäischer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von politischen Entscheidungsträgern, zu Jeffrey Epstein und russischen Geheimdiensten zu untersuchen und offenzulegen; fordert das Vereinigte Königreich und Belgien auf, ausländische Einmischung in den Brexit und den Zusammenbruch der belgischen Regierung im Jahr 2018 zu untersuchen, wie in den E-Mails von Steve Bannon an Jeffrey Epstein angedeutet;

Or. en

Änderungsantrag 1400
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. stellt fest, dass verhindert werden muss, dass EU-Mittel, auch über nichtstaatliche Organisationen, an Organisationen fließen, die mit islamistischen fundamentalistischen Bewegungen in Verbindung stehen; fordert eine sorgfältige Überwachung und vorbeugende Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Finanzhilfen der Union nicht indirekt zu Aktivitäten beitragen, die demokratische Prozesse und westliche Werte untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 1401
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54b. bedauert, dass ungerechtfertigte Angriffe auf die legitimen Maßnahmen der Mitgliedstaaten den Zielen feindlicher Akteure wie den Regierungen in Moskau und Minsk entsprachen, indem Desinformation und falsche Behauptungen wiederholt wurden; bedauert, dass die Kommission, anstatt den Mitgliedstaaten zu vertrauen, solche schädlichen Aktivitäten politisch und finanziell unterstützt hat; fordert deren Einstellung und vollständige Transparenz hinsichtlich jeglicher Unterstützung für Organisationen, die gegen die Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten verstoßen haben;

Or. en

Änderungsantrag 1402
Stefano Cavedagna, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 54 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, anzuerkennen, dass der Schutz der überseeischen Gebiete der Europäischen Union sowohl für die Souveränität als auch für das ordnungsgemäße demokratische Funktionieren der Union von großer strategischer Bedeutung ist; betont, dass Gebiete wie Neukaledonien, Martinique, die Kanarischen Inseln und die Azoren regelmäßig ausländischen Einflüssen ausgesetzt sind, die ihre Stabilität beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 1403
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54c. bedauert zutiefst, dass falsche oder irreführende Behauptungen über die Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus verbreitet werden, darunter Behauptungen über systematische Verletzungen der Grundrechte, vorsätzliche Misshandlungen oder sogar Tötungen von Migranten durch polnische Grenzschutzbeamte, die von den zuständigen Behörden oder Justizorganen nicht bestätigt wurden und von feindlich gesinnten Akteuren im Rahmen einer umfassenderen Desinformations- und

Destabilisierungskampagne ausgenutzt werden; betont, dass solche Darstellungen zur Informationskriegsführung des belarussischen Regimes und seiner Verbündeten beigetragen haben, mit dem Ziel, die Maßnahmen eines Mitgliedstaats, der zur Verteidigung der Außengrenzen der Union handelt, zu delegitimieren und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 1404
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54d. ist zutiefst besorgt über glaubwürdige Berichte, darunter Recherchen von investigativen Journalisten und von nationalen Behörden vorgelegte Beweise, wonach bestimmte nichtstaatliche Organisationen, die an den Außengrenzen der EU tätig sind, vorsätzlich oder grob fahrlässig illegale Migration erleichtert oder gefördert haben, unter anderem durch logistische Unterstützung, Koordinierung oder Beratung, wodurch Schleusernetzwerke wirksam unterstützt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 1405
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 54 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54e. betont, dass humanitäre Hilfe niemals als Deckmantel für Aktivitäten dienen darf, die die Grenzsicherheit untergraben, gegen nationales Recht verstoßen oder zu hybriden Operationen beitragen, die von feindlichen Akteuren außerhalb der EU organisiert werden; fordert daher eine strenge Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Finanzhilfen der EU und der Mitgliedstaaten für Organisationen, die in Grenzgebieten tätig sind, einschließlich der Aussetzung oder Rückforderung von Finanzhilfen, wenn eine Beteiligung an illegaler Migration oder deren Beihilfe festgestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1406
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie eine solide externe Dimension haben muss; begrüßt, dass spezifische Maßnahmen in die gemeinsame Mitteilung aufgenommen wurden, mit denen Ländern außerhalb der EU-Grenzen unterstützt werden, indem insbesondere der Kapazitätsaufbau gefördert wird, damit Bewerberländer und potenzielle Bewerberländer widerstandfähiger gegenüber Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und hybrider Einmischung werden, und indem unabhängige Medien und unabhängiger Journalismus unterstützt werden und deren Fähigkeit gestärkt wird, Desinformation in den sozialen Medien	***entfällt***

vor und während Wahlen im Blick zu behalten;

Or. en